

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erstmal wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße Nr. 16b.
Telephonruf Nr. 3992.

Inserte
für die schräggespaltene Colonne ober deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Organisation der Industriellen.

II

Die vornehmste strategische These heißt: Das Kampffeld sondieren! Gegen diese Lehre wird arbeiterseits leider viel zu sehr verstoßen. Man glaubt, leicht mit einem Unternehmer „fertig“ zu sein, da man nicht weiß, daß sich der Angriff oder die Abwehr gegen das Mitglied einer weitverzweigten, außerordentlich guten Organisation richtet. Auch in unjeren Kreisen herrscht vielfach die irrige Ansicht, die Unternehmerverbände seien junge, schnell zusammengeraffte Vereinigungen, gewissermaßen ad hoc entstanden, zwecks „Abwehr der unberechtigten Arbeiterbestrebungen“. Aus begreiflichen Gründen läßt es sich die Werkspreffe angelegen sein, diesen Irrtum nicht zu beseitigen; denn der Angegriffene ist in 90 von 100 Fällen wohlwollender Beurteilung der Zeitgenossen sicher. Es liegt aber sehr im Interesse der Arbeiterbewegung, das Märchen von der „Abwehrorganisation“ der Kapitalisten zu zerstreuen. Tatsächlich sind die bekanntesten Werkbesitzerverbände viel älter wie die Arbeitergewerkschaften!

Zum Teil sind die wirtschaftlichen Vereinigungen der Industriellen schon gegründet worden, als den Lohnarbeitern noch gesetzlich verboten war, sich zur Wahrung ihrer Interessen zu organisieren. 1861 bildete sich der oberschlesische Verein der Bergwerks- und Hüttenbesitzer, schon seit 1858 sind die Unternehmer im Ruhrbergbau organisiert, seit 1860 die Zwickauer Werksbesitzer, seit 1871 die Sachener Gruben- und Hüttenbesitzer. Nicht etwa „für die Käse“, schlossen die Herren ihre Verbände, die systematische Verschlechterung der „Arbeitsordnungen“ oder „Dienstordnungen“ und der Kassenstatuten beweisen hinlänglich, wie direkt die Unternehmerverbände in den sechziger Jahren Einfluß nahmen auf die Arbeiterverhältnisse, während den Arbeitern das Gesetz kein Rekursrecht verlieh. Bezeichnend ist denn auch, daß, als 1868 durch die Gewerbeordnung das Verbot der Arbeiterkoalition aufgehoben wurde, kurze Zeit darauf in Schlesien, Sachsen und Rheinland-Westfalen Streiks ausbrachen, bei denen es sich um Wiederherstellung der älteren „Arbeitsordnungen“ handelte. Ein Beweis dafür, daß die Unternehmerverbände sich den Arbeitern gegenüber durchaus nicht passiv verhalten hatten, sondern recht aktiv die Existenzbedingungen der Lohnarbeiter ungünstig beeinflussten. Das war schon vor 30 bis 40 Jahren, und heute versucht die Werkspreffe der Welt einzureden, die Arbeitergewerkschaften seien das Karnikel, hätten den Kampf begonnen.

Wie steht es mit der neueren Zeit? Daß bis zum Ablauf des Sozialistengesetzes von einer eigentlichen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung nicht die Rede sein konnte, dafür sorgte die Polizei. Und so datiert denn auch unsere Gewerkschaftsbewegung eigentlich erst von 1890 ab; mindestens die jegige zentralisierte Form ist nicht älter.

Ganz anders die Zentralorganisationen der Industriellen. Der „Zentralverband“ (Vued) aller Zentralverbände existiert seit 1876, der Verein Deutscher Eisengießereien (Geschäftsstelle Elberfeld) gar schon 1869, der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten (Geschäftsstelle Düsseldorf) wurde 1889 ins Leben gerufen; die Nähmaschinenfabrikanten haben sich 1888 eine zentrale Organisation geschaffen (Geschäftsstelle Berlin), die Fahrradfabrikanten 1889 (Dresden), die Werftbesitzer 1884 (Berlin), die norddeutschen Wagenbauabriken 1877, die Kupferschmiedereien 1889 (Hannover) u. s. w. Innerhalb der älteren Zentralverbände haben sich jüngstens Spezialverbände für bestimmte Branchen gebildet, die aber nur als Glieder des Ganzen gelten. Die Zahl der Unternehmerorganisationen allein in der Metallindustrie geht in die Hunderte, mehrere tausend Ortsgruppen erstrecken ihre Tätigkeit über das ganze Reich und darüber hinaus. Sowie ein Glied berührt wird, trifft man das Ganze, sofort erscheint der Kampf als „Machtprobe“, obwohl die Arbeiter an eine solche gar nicht dachten. Schon um der geistlich verbreiteten Mär von der „Schutzlosigkeit“ des Unternehmers, das „des gesetzlichen Schutzes entbehre“ (Arbeitswilligengesetz zc.), entgegen zu treten, betonen wir nachdrücklich, daß die Organisation der Industriellen viel verzweigter, viel schlagfertiger ist wie die der Arbeiter! Es ist nicht wahr, daß die Unternehmer den Arbeiterverbänden „fast wehrlos“ ausgeliefert sind, es ist nicht wahr, daß die Werksbesitzer sich „notgedrungen“ organisierten, um dem „Ansturm der sozialistischen Gewerkschaften“ Widerstand leisten zu können. Tatsächlich sind die viel älteren Unternehmerverbände der angreifende Teil, dessen Willkür erst die Lohnarbeiter zusammenzwang. Tatsächlich sind die Kapitalisten so vorzüglich organisiert, daß sie von der augenblicklichen gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation häufig nur

im Schach gehalten werden können, aber nicht zu besiegen sind, wenn nicht ausnehmend günstige Zufälle für die Arbeiter eintreten. Kommt noch hinzu die Heimlichkeit, mit der die von der Behörde nicht belästigten, vielfach unterkühlten Industriellen ihre Organisationen ausbauen, ihre Pläne schmieden, ihre Beschlüsse fassen können. Bei den Arbeitern ist es viel zu sehr üblich geworden, vor einer Aktion die einzelnen Züge in aller Öffentlichkeit zu besprechen. So weiß der Unternehmer meistens ganz genau, wann und wie der Schlag fällt. Wie er aber pariert wird, das wissen die Arbeiter meistens nicht eher als bis es zu spät ist. Zweifellos sind die Unternehmerverbände rechtlich genau dieselben „politischen Organisationen“ wie die Arbeitergewerkschaften. Aber wann wird die Versammlung der Werksbesitzer polizeilich angemeldet und überwacht? Unzählige Fälle sind schon mitgeteilt worden, wo die Unternehmer ohne Anwesenheit eines behördlichen Vertreters tagen und sozialpolitisch hochwichtige Beschlüsse faßten. Es braucht dort auch kein großer Apparat in Bewegung gesetzt zu werden, weil ja nur eine Handvoll, höchstens wenige Duzend Vereinsmitglieder in Frage kommen, die leicht in ein Bureau zusammenzurufen sind und hier unter sich ihre Sache erledigen, während bei den Arbeitern Hunderte und Tausende Personen die Versammlungslokale füllen. Welcher Vorsprung schon hierdurch den Industriellen zuteil wird, braucht nicht weiter erörtert zu werden. Es entsteht für uns die Notwendigkeit, genau wie die Werksverbände, eine Maßregel nicht eher in breiter Öffentlichkeit zu besprechen oder zu beschließen, als bis sie innerhalb der Orts- oder Zentralleitung nach allen Richtungen hin beraten ist! Was den Industriellen gestattet ist, müssen die Arbeiter auch für sich in Anspruch nehmen. Ohne weiteres ist nun auch wohl klar, daß noch mehr wie bisher die Gewerkschaftsmitglieder **vorsichtig und alle Eventualitäten überlegend** handeln müssen! Die „wilden Streiks“ dürfen von einer organisierten Arbeiterkraft durchaus nicht geduldet werden. Da, wie gezeigt, auch bei einem kleinen Kampf in Zukunft mit umfassenden Gegenstößen der Unternehmerkraft zu rechnen ist, so wird eine Ortsgruppe gut tun, nur dann in einen unvermeidlichen Kampf einzutreten, wenn vorher die Zentralleitung nicht nur laut Streikreglement in Kenntnis gesetzt ist und zugestimmt hat, sondern, wenn die leitenden Personen viel mehr wie früher auch über den Namen der betreffenden örtlichen Verhältnisse hinaus die Situation geprüft und die Vorfrage getroffen haben, die dem erwarteten Eingreifen der Unternehmerorganisation gegenüber am Platze ist. Daß hierbei nicht zu viel vorgelegt werden kann, dürfte Sjerlohn, Birmasens, Berlin und Grimmitzschau bewiesen haben.

Der moderne Gewerkschaftler, zumal in verantwortungreicher Stellung, muß sich über die Entwicklungstendenzen der Industrie fortlaufend orientieren. So wie wir von der lokalen Branchenorganisation zum alle Spezialzweige der betreffenden Industrie umfassenden Zentralverband gekommen sind — nicht weil einige Personen dies aus Liebhaberei wünschten, sondern weil es wirtschaftspolitisch notwendig war — genau so zwingt die Zentralisation und Kombination der Betriebe die Unternehmer zur Aufgabe beziehungsweise zum Zentralisieren ihrer Verbände. In wie hohem Maße die Betriebskombination schon geübt ist, hat soeben Dr. G. Voelker in einem für die kontraktistischen Verhandlungen über die Kartelle der Eisenindustrie abgefaßten Bericht anschaulich gemacht. Voelker teilt die Betriebe in der Eisenindustrie in neun Gruppen ein und ermittelt dann, welche als „reine“ und welche als „kombinierte“ Werke zu bezeichnen sind. Das Resultat dieser bedeutungsvollen Forschung bietet folgende Tabelle:

	Betriebe ohne Verbindung m. anderen Betrieben	Betriebe mit anderen Betrieben
Berufsgenossenschaft der Feinmechanik	1492	289
Südd. Eisen- u. Stahl-Berufsgenossenschaft	7949	457
Südwestdeutsche Eisen- und Stahl- u. Schmiedewerke	487	183
Rh.-Westf. Hütten- und Walzwerke	39	472
Rh.-Westf. Maschinen- u. Kleinereisen-	6989	1188
Nordwestliche Eisen- und Stahl-	3387	564
Schlesische Eisen- und Stahl-	1182	589
Zusammen	29110	4962

Überhaupt sind 34072 Betriebe gezählt worden, von denen schon 4962 kombiniert waren. Charakteristisch ist, daß an den Stätten der entwickeltesten Eisen- und Stahlindustrie, in Lothringen-Saargebiet, Rheinland-Westfalen und Schlesien die Zahl der zusammengefaßten Werke am stärksten ist; in Rheinland-Westfalen gab es nur 39 „reine“ Hütten- und Walzwerke neben 472 kombinierten! Dieses Ergebnis zeigt uns unzweifelhaft den Weg, den die Industrieorganisation nehmen wird!

Die Betriebsstatistik erhält aber erst eine besondere Bedeutung durch die Ausschreibung der kleinen Werkstätten, der sogenannten „Krauter“, die der Arbeiterorganisation gegen-

über nicht über besondere Nachtmittel verfügen. Solcher „Krauterbetriebe“ gab es 22461, gleich 60 Prozent der Gesamtzahl; nur 563 „Krauter“ hatten eine vielseitige Fabrikation. In der Hauptsache fabrizierten sie Kleinmaschinen, Gußwaren, Temperguß. Das sind die Werke, mit denen mancher Gewerkschaftskollege glaubt leicht fertig zu werden, in der Meinung, nur mit dem „Krauter“ zu tun zu haben. Das Gegenteil ist der Fall.

Wichtig zu wissen ist, daß von den 4011 Maschinenfabriken in Deutschland 1315 mit anderen Betrieben verknüpft sind. 998 haben zugleich Eisengießereien, 291 betreiben auch Kesselschmiede, 136 bauen Brücken zc., 85 besitzen Waggonfabriken, Lokomotivbaubetriebe zc., 39 sind mit Walzwerken verbunden, 19 formen Tiegellgußstahl und 39 stellen sich ihr Roh Eisen selbst her in Bessemer- und Thomaswerken. Diese Anführungen geben einen Begriff von der modernen Betriebszusammenfassung. Sie läßt uns die absolute Notwendigkeit gewerkschaftlicher Industrieverbände erkennen, denn wo die Dinge soweit gediehen sind, daß auf einem und demselben Werke das Erz zu Roh Eisen verarbeitet und nicht eher versandt wird, bis vom Walzwerksarbeiter bis zum Feinmechaniker jeder seine Arbeit an dem Fertigprodukt geleistet, da ist es doch wirklich kindisch, noch von der Durchschlagskraft einer Branchenorganisation zu reden. Geseht der Fall, in einem der kombinierten Werke der Eisen- und Stahlindustrie bricht ein partieller Streik aus, den die Unternehmer mit der Aussperrung aller Arbeiter des Werkes beantworten, so ist von selbst die Frage der Kampfleitung gelöst: Nur eine Stelle kann maßgebend sein im Einverständnis mit den kämpfenden Kollegen. Wäre es anders, so hätten die Unternehmer von vornherein gewonnenes Spiel. Es ist wirklich nicht einzusehen, wo wir doch wissen, daß die Dinge so liegen, weshalb nicht die Arbeiter vordringend sich eine Organisation schaffen sollen, die sich der Entwicklung der Werke anpaßt.

Neben dem gründlichen Studium der Unternehmerorganisationen und der Marktlage heißt also unsere Zeit eine noch straffere Zentralisation der Arbeitergewerkschaft, ein Aufgeben der Branchen- und Ortsgruppenidee. Wer sich in die Formen der industriellen Verbände, ihre Taktik und Zukunft hineindenkt, kann nicht anders, als energig auch die Beseitigung des letzten Restes der Sonderbündel verlangen. Einheitliche Organisation einer Industriebranche! Im weiteren den engeren Anschluß der einzelnen Industrieverbände; die Vielfältigkeit der Werke läßt die Interessengemeinschaft aller Arbeiter ohne Unterschied der Branche, Herkunft und des Glaubens plastisch hervortreten. Unseres Erachtens wird es in der Zukunft darauf ankommen, die gewerkschaftlichen Kräfte mehr wie bisher auf einen Punkt zu konzentrieren, da die Unternehmertaktik augenscheinlich darauf hinausläuft, an einem Punkte einzusehen, um dort die Kraft der Gewerkschaften zu vernichten. Der moralische Faktor wird unternehmerseits viel höher angeschlagen wie bei uns, wie die verzweifelten Anstrengungen der Kapitalisten in Grimmitzschau beweisen.

Neue Verhältnisse bedingen neue Mittel. Schema F ist im sozialen Kampfe nicht anzuwenden, wohl aber muß angewendet werden zur Nachprüfung der bisherigen Methoden.

D. S.

Der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Betrieben.

Die Geschäftslage der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie ist nach allen Markt- und Einzelberichten keine ungünstige; sie ist gegenüber dem Vorjahr eine erheblich bessere, aber sie ist freilich noch weit von jenem Grade entfernt, der berechtigten würde, von einer neuen allgemeinen Prosperitätsperiode zu reden. Zur Ergänzung der allgemeinen Berichte, welche das Reichs-Arbeitsblatt, der zentralistische Arbeitsmarkt und die Unternehmerpreffe regelmäßig veröffentlichen und wovon wir gewöhnlich zur Information unserer Kollegen Notiz nehmen, möchten wir nach den Geschäftsberichten von Aktiengesellschaften auch eine Anzahl Details anführen.

So ist dem Geschäftsbericht der Schweizer Maschinenbauaktiengesellschaft in Schweizer-Aue zu entnehmen, daß Anzeichen auf Besserung vorhanden seien und die Eisengießerei weiter ausgebaut werde. Bisher waren aber Beschäftigung und Preise ungenügend. In der Ende November abgehaltenen Generalversammlung der Maschinen- und Armaturfabrik vormals Klein, Schanzlin & Beder in Frankenthal gab der Direktor, Kommerzienrat Klein, die Erklärung ab, daß gegenwärtig die Beschäftigung besser sei, und in den ersten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres 973554 Mt. fakturiert wurden, gegen 839613 Mt. im gleichen

Vorjahresabschnitt. Der Geschäftsgang in der Maschinenindustrie habe sich überhaupt gehoben und es sei das Bestreben zu erkennen, die Preise zu heben. Die Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vormals Gebr. Sack in Dresden, die jüngst 11 Prozent Dividende verteilte, berichtet, daß auch im laufenden Jahre bereits ein bedeutender Mehrumsatz erzielt worden ist. Die Ausfichten werden als sehr gute bezeichnet. Die Gasmotorenfabrik Deutz ist in allen ihren Abteilungen stark beschäftigt. Der Mehrumsatz im ersten Drittel des neuen Geschäftsjahres betrug 1700000 Mk. An Aufträgen lagen am 1. November für 2600000 Mk. vor gegen 2190000 Mk. zur gleichen Vorjahreszeit. Die jüngste Dividende, welche das Unternehmen seinen Aktionären zahlte, belief sich auf 7 1/2 Prozent. Die Seebeck'sche Schiffswerft und Maschinenfabrik in Bremerhaven, deren Aktionäre 10 Prozent Dividende erhielten, berichtet: Seit dem 30. Juni 1903 bis Anfang November lieferte die Gesellschaft 6 Fischdampfer ab. Zurzeit verbleiben noch im Bau 12 Hochseefischdampfer sowie ein Frachtdampfer von 850 Tonnen. Die Aktiengesellschaft für landwirtschaftliche Maschinen vormals Gebr. Bugbaum in Würzburg (7 Prozent Dividende) bezeichnet die Ausfichten für das laufende Geschäftsjahr angefaßt der bisher eingelaufenen Aufträge als günstig. Für das laufende Geschäftsjahr lagen bis Mitte November für etwa 38 Millionen Mark (im Vorjahr zu etwas früherer Zeit für 29 Millionen Mark) Bestellungen vor, davon für etwa 28 Millionen Mark (24 Millionen Mark) aus dem Vorjahr herübergenommen, so wird in einem Bericht der Vereinigten Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg, Aktiengesellschaft Augsburg, mitgeteilt. Dem Bericht ist ferner zu entnehmen: die Zahl der Arbeiter und Angestellten betrug am Schlusse des Geschäftsjahres (Juni) 9386 gegen 9177 um dieselbe Zeit 1902, gegenwärtig beträgt sie 11034, um 1700 mehr. Die Aktionäre erhielten 8 3/4 Prozent Dividende. Von den Arbeitern sind etwa 3300 in überseeischen Unternehmungen beschäftigt. Die gesamte Lohnsumme betrug 10020000 Mk., worin wohl auch die Gehälter der Angestellten inbegriffen sind. Erwähnenswert ist noch besonders das Bedauern „über die oft erwähnte Preispolitik der Kartelle, die das Ausland in Stand setzt, billiger zu fabrizieren als die heimische Industrie“. Bekanntlich waren es die Sozialdemokraten, welche im Reichstag bei der Beratung des Wuchertarifs zur Paralytierung dieser verderblichen Preispolitik der Kartelle die Aufhebung der deutschen Zölle und die freie Einfuhr der kartellierten Rohstoffe zc. forderten, damit aber leider keinen Erfolg hatten.

20 Prozent (im Vorjahr 16 Prozent) Dividende verteilten die Wanderer-Fahrradwerke in Chemnitz-Schönbau und über das laufende Geschäftsjahr wird in dem Bericht gesagt, daß es im Werkzeugmaschinenbau erheblich besser geht und in der Fahrradabteilung für die neue Saison wesentlich belangreichere Aufträge als um die gleiche Zeit des Vorjahres vorliegen. Im nächsten Jahre wird als neuer Fabrikationsartikel die Schreibmaschine „kontinental“ eingeführt. Die Berlin-Anhalter Maschinenfabrik, welche für zweieinhalb Millionen Mark die Ventrather Maschinenfabrik angekauft hat, scheint gut beschäftigt zu sein, da sie eine höhere Dividende als die vorjährige von 10 Prozent in Aussicht stellt. Die Aktiengesellschaft vormals Meyersberg, Kirchbaum & Cie. in Solingen hat im letzten Jahre in Waffen (2,26 gegen 2,16 Millionen in 1901/02) wie in Fahrrädern (834000 gegen 655000 Mk.) einen größeren Umsatz erzielt, und ebenso in ihren anderen Fabrikaten und in den letzten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres waren die Ablieferungen wiederum größer als in derselben Zeit 1902. Ein großer Auftrag in Seitengewehren für eine ausländische Regierung gewährt für längere Zeit volle Beschäftigung und außerdem „habe man in Fahrradteilen reichlichere Bestellungen als im letzten Jahre, so daß die Verwaltung bestimmt auf einen beträchtlichen Mehrumsatz rechnen und insfolgedessen auf ein besseres Ergebnis“. Umfangreiche Aufträge erhielt die Räderfabrik der Königshütte (Obereschleifen), so daß die bisherige Betriebseinschränkung aufgehoben werden konnte. Von der Aktiengesellschaft Maschinenfabrik Deutschland in Dortmund (4 Prozent Dividende) wird berichtet, daß am Schlusse des Geschäftsjahres rund 332000 Mk. (Vorjahr 310000 Mk.) Aufträge vorhanden waren; gegen Ende Oktober waren noch für etwa 500000 Mk. (800000 Mk.) gebucht. Auch gegenwärtig seien, namentlich für den Werkzeugmaschinenbau, lohnende Aufträge nur schwer zu erhalten. Für den Weichenbau sei das Unternehmen augenblicklich noch einigermaßen mit Aufträgen versehen. Von ansehnlichen Aufträgen, welche weitere Steigerung des Umsatzes in Aussicht stellen, berichten die Nürnberger Herfaleswerke Aktiengesellschaft, die zuletzt 7 Prozent (4 Prozent) Dividende verteilten. Die Waggonfabrik vormals Fuchs in Heidelberg berichtet, daß für das neue Jahr die vorhandenen Aufträge die Erreichung des letztjährigen Umsatzes erwarten lassen. Die letzte Dividende betrug 6 Prozent. Von günstigen Ausfichten, jetzt nach Verzögerung des Metallarbeiterstreiks, auch für ihre Berliner Filiale berichten die Vereinigten Metallwarenfabriken Aktiengesellschaft vorm. Haller & Cie. in Altona-Dittensen. Die jüngste Dividende betrug 8 Prozent (6 Prozent). Mit 700000 Mk. Auftragsbestand, wozu bis Ende Oktober noch weitere 200000 Mk. kamen, haben die Cito-Fahrradwerke Aktiengesellschaft Köln-Altentberg das neue Geschäftsjahr begonnen. Es wird ein befriedigendes Geschäftsergebnis erwartet. Die Viktoriarwerke Aktiengesellschaft in Nürnberg sind in der Fahrradabteilung derartig mit Aufträgen versehen, daß sie gegenwärtig neue Bestellungen nicht mehr annehmen können. Die Maschinenfabrik Lather in Brannschweig beschäftigt jetzt 250 Arbeiter mehr als im Vorjahr und hat in den ersten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres 370000 Mk. mehr fakturiert als in derselben Periode 1902. Einen Auftragsbestand von 744870 Mk. hatte am 1. November die Maschinenbaugesellschaft Union in Essen. Es wird über abschließende Preise für Maschinen- und Eisenkonstruktionen, die Panzer-Aktiengesellschaft für

Geldschrank-, Tresorbau und Eisenindustrie in Berlin ist bei ungünstigen Preisen gut beschäftigt. Von lebhaftem Geschäftsgang und guten Ausfichten berichten die Deutschen Triumph-Fahrradwerke Aktiengesellschaft Nürnberg. Der Auftragsbestand der Berliner Maschinenfabrik vormals Schwarzkopff beträgt 11 1/2 Millionen Mark und bietet Arbeit über das Geschäftsjahr hinaus. Die Aktiengesellschaft Bergwerksverein Friedrich-Wilhelmshütte in Mülheim a. d. Ruhr hat für ihre beiden Hochöfen gesicherte Beschäftigung und ebenso für ihre Maschinenfabrik auf einige Monate Arbeit. Noch schwach liegt das Röhrengeschäft. Die Gesellschaft verteilte zuletzt 4 Prozent Dividende. Die Bismarckhütte in Königshütte (11 gegen 10 Prozent Dividende) ist in fast allen Betriebszweigen auf längere Zeit mit Arbeit gut versehen und zwar zum Teil zu besseren Preisen. Schwelmer Eisenwerk Müller & Cie., Aktiengesellschaft (10 Prozent gegen 8 Prozent Dividenden) berichtet, daß alle ihre Betriebe flott beschäftigt sind und für die Maschinenfabrik Aufträge bis Sommer 1904 vorliegen. „Gute Ergebnisse stehen in Aussicht.“ Eine Abflauung des Geschäftes berichtet die Aktiengesellschaft Hagener Gußstahlwerke in Hagen. Im Gegensatz dazu ist aus dem Bericht der Aktiengesellschaft Ulrichs & Heinrichs in Ratingen zu entnehmen, daß im neuen laufenden Geschäftsjahr neue Anlagen geplant und bestehende erweitert werden. Die Gesellschaft hat die Fabrikation von Sauggasanlagen aufgenommen und bei lebhafter Nachfrage bereits eine Reihe von Aufträgen darin ausgeführt. Im Lüneburger Eisenwerk sind sämtliche Abteilungen (Maschinenfabrik, Kesselschmiede, Konstruktionen) voll beschäftigt. Auf der Obereschleifischen Eisenindustrie-gesellschaft gehörigen Juliusütte ist der siebente Hochofen angeblasen worden. Archimedes, Aktiengesellschaft für Stahl- und Eisenindustrie, Berlin (3 gegen 4 Prozent Dividende) ist gut beschäftigt und „wenn die allgemeine Lage nicht wieder ungünstiger wird, hofft man auf besseren Erfolg für das laufende Jahr.“ Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb, Oberhausen (20 Prozent Dividende wie 1902) verzeichnete am 1. November an Aufträgen 134050 gegen 123780 Tonnen in derselben Zeit des Vorjahres. Die Aktiengesellschaft Westfälische Drahtwerke, Werne bei Langendreer sind für die nächsten Monate noch gut beschäftigt zu Preisen, die „ihnen einen mäßigen Gewinn lassen.“ Für die nächsten Monate mit Aufträgen versehen ist die Germaniahütte des Gußstahlwerks Witten. Von flottem Eingang der Aufträge und befriedigendem Geschäftsgang berichtet das Fasson-eisen- und Walzwerk Mannstädt & Cie., Aktiengesellschaft in Raik bei Köln, ebenso die Kunstwerkerhütte bei Steele a. d. Ruhr.

Nach diesen in den letzten Wochen in der Presse veröffentlichten Berichten und Mitteilungen ist der Geschäftsgang in den angeführten zahlreichen Betrieben der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie im großen ganzen ein guter, einzelne Betriebe allerdings sind weniger befriedigend beschäftigt. Will man daraus einen Schluß ziehen auf die Geschäftslage dieser Industrien im allgemeinen, so ergibt sich, daß in der großen Mehrzahl der Betriebe ausreichende Beschäftigung für die Arbeiter vorhanden und nur in einer Minderzahl von Betrieben der Beschäftigungsgrad noch zu wünschen übrig läßt. Darnach dürfte in diesem Winter die Arbeitslosigkeit unter den deutschen Metallarbeitern sich in bescheidenerem Rahmen halten als in den letzten Jahren.

Auch einige allgemeine Mitteilungen seien erwähnt. Die preussische Staatsbahnverwaltung hat für 1904 die Anschaffung von 900 neuen Lokomotiven vorgesehen und davon bereits 450 vergeben. Der Deutsche Trägerverband verzeichnete am 1. November einen Auftragsbestand von 194558 gegen 95837 Tonnen im Vorjahr. Davon entfielen 95901 Tonnen auf das Inland und 98657 (52789) Tonnen auf das Ausland. Das Stieffeisensyndikat erklärte seinen Kunden, daß es mit Aufträgen überhäuft sei und die Lieferungen eventuell sechs Wochen in Anspruch nehmen dürften. Der Verband obereschleifischer Walzwerke hat bereits für das erste Quartal 1904 ausverkauft zu Preisen, die höher sind als die für die Abschlässe des vierten Quartals 1903. Andererseits kam aus Nürnberg die unerwartliche Nachricht, daß das Tarifamt für Feingoldschläger beschloß, ein Fünftel des Arbeiterpersonals wegen schlechten Geschäftsganges zu entlassen. In Kettstach stellt die Süddeutsche Waggonfabrik mit dem 1. April 1904 ihren Betrieb gänzlich ein und wird in dem Fabrikgebäude Kunstseidefabrikation betrieben werden. Auch durch diese Betriebsstillstellung werden Metall- und Holzarbeiter zc. arbeitslos. Hoffentlich können sie rasch in anderen Betrieben Unterhalt finden.

Die Sozialpolitik im Reichstag.

Man hat die Sozialpolitik doch wieder ihren Eingang im Reichs-parlament gehalten und zwar schon mit der Thronrede. Der beglückte Passus lautet: „Die sozialpolitische Gesetzgebung auf den in früheren Landtagungen vorgezeichneten Grundlagern fortzuführen, den Bedürfnissen erweiterte Fürsorge, den Schwachen erhöhten Schutz zu gewähren, sind die verbindlichen Regierungen — unbeirrt durch politische Schwankungen — jetzt entschlossen. Sie geben sich der Hoffnung hin, in allen Kreisen volles Einverständnis dafür zu finden, daß durch das schnelle Anwachsen unserer Bevölkerung und durch die allgemeine Entwicklung unserer Erwerbsverhältnisse die Tätigkeit der Regierungen und die Opferbereitschaft des deutschen Volkes noch vor große Aufgaben gestellt sind, wenn wir den Anforderungen steigender Kultur gerecht werden sollen. Durch eine besondere Vorlage ist den verbindlichen Regierungen vorgezogen, in Erfüllung eines weit verbreiteten Wunsches, Streitigkeiten der Handlungsgesellschaften aus ihrem Dienstverhältnis vor einem durch sachkundige Richter erst der Kreise der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer vermittelten Gericht in einem schlichten Verfahren zum Austrag zu bringen.“ Das sind freilich bloß allgemeine Forderungen, keine bestimmten Anordnungen. Von allen den wichtigsten, die ganze Arbeiterbewegung bewegenden Fragen, wie volles, unbeschränktes Koalitionsrecht, zehnstündiger Maximalarbeitszeit, Reform des Beschäftigungsrechts, Reform des Lohnrechts u. v. w. ist mit keinem Worte die Rede.

Was über die kaufmännischen Schiedsgerichte in der Thronrede gesagt ist, bietet nur eine bittere Enttäuschung, denn darnach ist offenbar eine bloße Verklärung des Amtsgerichtes durch Zugug von Vertretern der kaufmännischen Unternehmer und Gehilfen geplant, während diese einmütig Schiedsgerichte nach dem Vorbild der Gewerbegerichte oder direkte Angliederung an diese verlangen.

Von den Parteien sind nunmehr zahlreiche sozialpolitische Anträge im Reichstag eingebracht worden. Die sozialdemokratische Fraktion hat solche gestellt in bezug auf die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, den Erlass eines Reichsvereinsgesetzes, eines Gesetzes über das Koalitionsrecht, eines solchen betreffend den Schutz der Bauarbeiter, den Erlass eines Bergbau- und Wohnungs-gesetzes, bezüglich der Schaffung eines Maximalarbeitsstags und Aufstellung von Schutzvorschriften für alle Betriebe mit hoher Vergiftungsgefahr für die Arbeiter u. s. w. Zum Teil sind diese Anträge in Gesetzesentwürfen formuliert. So liegen solche vor für das Koalitionsrecht, das Koalitionsrecht, für den Bauarbeiterschutz. Das Vereins- und Versammlungsrecht soll von der immer unerträglicher werdenden Bevormundung der deutschen Arbeiter durch die Polizei befreit werden. Das Koalitionsrecht wird auf alle Kategorien von Arbeitern, wie Gewerbegehilfen, Handlungsgehilfen, Lehrlinge, Tagelöhner, Heimarbeiter, Hausindustrielle, Gefinde, Foggänger, Landarbeiter, Forstarbeiter, Inkleute, Seeleute u. s. w., ferner auf alle Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, des Staates, der Gemeinden und öffentlich-rechtlicher Korporationen ausgedehnt und gesichert. Die Ausübung des Koalitionsrechtes wird befreit von allen schädlichen Mißbräuchen mit den Bestimmungen über Vereins-, Versammlungs- und Versicherungsweisen, und ausdrücklich wird diesen Vereinigungen das Recht gesichert, zur Erreichung ihrer Zwecke auch politische Gegenstände zu erörtern, um auf die Gesetzgebung und Verwaltung einzuwirken. Diese Forderungen sind wirklich der Not des Lebens, dem Elend des heutigen Koalitionsrechtes entsprungen, und die Arbeiterchaft muß dringend fordern, daß endlich ein freies Koalitionsrecht in diesem Sinne geschaffen wird. Wir würden freilich die ganze Regelung und Sicherung des Vereins- (Koalitions-) und Versammlungsrechtes durch wenige Sätze, die unzweideutig alle beschränkenden Bestimmungen, welche heute noch bestehen, außer Kraft setzen und den Arbeitern die volle Freiheit der Bewegung garantieren, weitläufigeren Bestimmungen vorziehen, denn je mehr darüber gesagt ist, desto mehr haben Polizei und Gerichte Gelegenheit, auszulegen und unterzulegen. Aufforderungen zur Arbeitseinstellung, bezügliche Mitteilungen und Erkundigungen, Verbreitung von Druckschriften, Selbstmahlungen werden ausdrücklich erlaubt und ferner die Anwendung des „Expansions“-Paragrapphen auf das Verlangen betreffend Abschluß eines Arbeitsvertrags zc. ausgeschlossen. Wegbleiben konnte unseres Erachtens sehr wohl aus dem bezüglichen Gesetzesentwurf der sozialdemokratischen Fraktion die aus dem jetzigen § 152 herübergenommene Bestimmung: „Jedem Teilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verbindungen frei, und es findet aus letzteren weder Klage noch Einrede statt.“ Diese Bestimmung ist, wie wir schon in einem früheren Artikel zeigten, angefaßt der immer mehr an Ausdehnung gewinnenden Tarifgemeinschaften ein Anachronismus, sie ist absolut nicht mehr zeitgemäß, und sie hätte daher füglich aus diesem Gesetzesentwurf wegbleiben können. Der Antrag bezüglich des Maximalarbeitsstags verlangt von der Regierung die Vorlegung eines Gesetzesentwurfs, durch den die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Industrie-, Handels- und Verkehrsweesen beschäftigten Personen ab 1. Januar 1906 auf längstens zehn Stunden, ab 1. Januar 1907 auf längstens neun Stunden und vom 1. Januar 1908 ab auf längstens acht Stunden festgesetzt und der Samstag-Nachmittag freigegeben wird. In ununterbrochenen und unterirdischen Betrieben soll der Achtstundentag bereits vom 1. Januar 1906 ab eingeführt werden, in unterirdischen Betrieben bei einer Temperatur von 28 Grad Celsius und darüber soll der tägliche Arbeitstag höchstens sechs Stunden betragen. Weiter soll das Krankenversicherungs-gesetz auch auf die Knappschaftskassen Anwendung finden. Der Entwurf eines Reichsgesetzes zum Schutze der Bauarbeiter faßt die in den bereits bestehenden bezüglichen Verordnungen enthaltenen Bestimmungen zusammen, erweitert und vervollständigt sie; so verbietet er insbesondere die Verwendung von bleihaltigen Farben, und er stellt dann eine vollständige Baukontrolle unter Mitwirkung von Arbeitervertretern in einschlägigen Kommissionen sowie Arbeiter als Baugruftkontrolloren vor, welche von den Arbeitern nach dem zum Gewerbegericht eingeführten Wahlsystem auf drei Jahre zu wählen sind.

Die Nationalliberalen beantragen ebenfalls die Regelung und Sicherung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch ein Reichsgesetz. Das Zentrum hat eine Reihe von Anträgen aller-meltpolitischen Art gestellt, die ein Bischen den Arbeitern, ein Bischen den Handwerksmeistern, ein Bischen dem kaufmännischen Mittelstand geben, so ganz nach dem Vorbild des schillerischen „Mädchen aus der Fremde“:

Das teile jedem eine Gabe,
Dem Früchte, jenem Blumen aus;
Der Jüngling und der Greis am Stabe,
Ein jeder ging begehrt nach Haus!

Aber die Zentrumsgaben sind erfahrungsgemäß nur schillernde Seifenblasen, die schnell zerplazen, so daß die Illusion von kurzer Dauer ist. Das Zentrum verlangt ein Reichsberggesetz, den Maximalarbeitsstag von 10 Stunden, für die verheirateten Frauen von 9 Stunden, eine Bundesratsverordnung zum Schutze der Bauarbeiter. Das sind sehr schwächliche Anträge, die immer nur einen Tropfen Sozialpolitik der Arbeitern bieten wollen, damit man, wie es seit Jahren geschieht, stets sagen und wiederholen kann: Bei uns gibt es auf sozialpolitischem Gebiet keinen Stillstand! Die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion bedeuten eine großzügige Politik, sie bezwecken die Schaffung von etwas Ganzem, einem Griff in das Volle; das Vorgehen des Zentrums ist die Politik der kleinen Pakete, die Politik im Schneidentempo nach dem Grundfatz: Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. Am Schlusse des letzten Reichstags ließ das Zentrum aus wahlbemaagiglichen Gründen durch den Renommier-arbeiterabgeordneten Stökel-Essen eine Resolution betreffend die Einführung des Zehnstundentags für alle Arbeiter stellen, wofür auch die Sozialdemokraten stimmten; allein von den 100 Zentrumsgesandten waren bei der Abstimmung so wenig im Reichstag anwesend, daß die Resolution abgelehnt und so das Manöver durch-führt wurde. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß es im Jahre 1891 ebenfalls dasselbe Zentrum war, das den in der Berlepsch'schen Arbeiterschutzvorlage enthaltenen Zehnstundentag für die Arbeiterinnen verworfen und sodann den langen Elftundentag einführen ließ. Also, immer eine unaufrichtige, widerprüchliche und doppelgängerige Sozialpolitik. Dahin gehört auch der jetzige Antrag auf Einführung des Renntundentags für die verheirateten Frauen, der in der Praxis nur zu ihrer Ausschließung aus den Fabriken und zur weiteren Ausdehnung der Hausindustrie führen würde. Der scheinbar radikale und weitgehende Antrag verfolgt reaktionär-papstliche Zwecke, um die Frau wieder in die vier Wände ihres engen Heims zu bannen und sie so in der für alle Rück-fähigkeit und Reaktionäre leichter empfänglichen Stumpfheit zu erhalten. Den möglichen Ausschluß der verheirateten Frauen aus den Fabriken wollen auch wir, aber wir erstreben das Ziel auf anderem, offenem und geradem Wege, indem wir für eine solche Sozialpolitik der Arbeits- und Lohnverhältnisse kämpfen, welche den

Familienvater in dem Stand stehen, ausreichend für seine Familie zu sorgen und auf den lohnarbeitenden Miterwerb der Frau zu verzichten. Wir verlangen zunächst den gesetzlichen Zehnjahrestag für alle Arbeiter, und die Arbeitszeitverhältnisse sind heute bereits derart gestaltet, daß er unbedenklich geschaffen werden kann. Hätte 1891 das Zentrum für den gesetzlichen Zehnjahrestag gestimmt und so mitgeholfen, ihn einzuführen, wie viele aufregende, alle Beteiligten schwer schädigende und kostspielige Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital hätten dadurch vermieden werden können, so auch der schwere Kampf der Textilarbeiter in Grimmitzshau.

In bezug auf das Koalitionsrecht, Rechtfähigkeit der Berufsvereine und Arbeiterkammern hat das Zentrum an den Reichstanzler eine Interpellation gerichtet, dahingehend, ob die verbündeten Regierungen geneigt sind, bezügliche Gesetzesentwürfe dem Reichstag vorzulegen. Die sozialdemokratische Fraktion interpelliert wegen der Belämpfung der Wurmkrankheit.

Die Freisinnigen haben ebenfalls verschiedene sozialpolitische Anträge eingebracht, so namentlich auch bezüglich der Regelung und Sicherung des Koalitionsrechtes. Die Konservative, immer getreu ihrer volksfeindlichen Gewaltpolitik, stehen durch den Abgeordneten Dietrich und Genossen einen Antrag einbringen, durch den die verbündeten Regierungen ersucht werden, einen Gesetzesentwurf betreffend wirksamen Schutz der Arbeitswilligen bei Lohnkämpfen zc. dem Reichstag vorzulegen. Also, eine neue Zuchthausvorlage. Ach, könnten wir doch einmal die sämtlichen junckerlich-agrarischen Schmarozker und Ausbeuter auf Lebenszeit ins Zuchthaus schicken. Durch ihre seit Jahrhunderten an dem deutschen Volke begangenen Schand- und Gewalttaten haben sie sich das größte Anrecht darauf erworben, Zuchthäuser zu werden.

In den mehrtägigen Staatsdebatten des Reichstags, wobei von sozialdemokratischer Seite Bebel, Stolle und Mollenhuth vorzüglich sprachen, ist auch sehr eingehend das sozialpolitische Gebiet behandelt worden. Die Sozialdemokraten brandmarkten besonders die von den Unternehmern und Behörden an den Arbeitern verübten Gewalttätigkeiten, die in Grimmitzshau den Rekord erreichten. Die Gegner schlugen wieder einmal mit Neben, Wigen und Lachen die Sozialdemokraten tot, wozu die Konservativen noch neue Ausnahmengesetze forderten. Der Reichstanzler Graf Bilow will von solchen nichts wissen, dagegen proklamierte er die berühmte bürgerliche Sammelpolitik, um die Sozialdemokraten zu isolieren. Sozialpolitisch will er weiter arbeiten wie bisher, aber er vermicht es, zum gesetzlichen Zehnjahrestag, zum freien Koalitionsrecht u. s. w. bestimmte Stellung zu nehmen. Die Arbeiter wollen aber nicht bloß Worte und Scherze, sondern Taten und zwar einmal etwas rechtes und ganzes, was sie schon seit 1848, seit mehr als einem halben Jahrhundert fordern.

Die Audienz der „christlich“- u. „national“-gesinnten Arbeiter beim Reichskanzler.

Nun hat sie stattgefunden — die große Aktion. Die Herren Behrens-Berlin, Stengerwald-Köln, Giesberts-M-Gladbach, Schiffer-Krefeld, Schacht-Hamburg und Schirmer-München haben am Sonntag den 13. Dezember vor dem Herrn Reichskanzler ihre allerliebsten Bittschriften gemacht und er hat ihnen darauf gestattet, ihm die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses zu überreichen. Wie das bei solchen feierlichen Gelegenheiten nicht anders sein kann, wußte sich die Zeremonie unter dem Erguß einiger Reden. Herr Behrens redete den Zitatenkanzler an wie folgt:

„Gzcellent! Der deutsche Arbeiterkongress hat uns den Auftrag erteilt, Ew. Gzcellentz die Beschlüsse des Kongresses zu überbringen. Zum ersten Male haben sich die christlich- und national-denkenden Arbeiter zusammengeschlossen, um gemeinsam sozialpolitische Angelegenheiten zu beraten. Wir dürfen auf diese Veranstaltung mit Befriedigung zurückblicken. Wir glauben den Boden gefunden zu haben, auf dem ein ersprießliches Zusammenarbeiten der verschiedenen Konfessionen und politischen Parteien angehörender Arbeiter möglich ist. Die auf dem Kongress versammelten Vertreter der rund 600 000 Mitglieder zählenden Arbeiter- und Hilfensorganisationen erkannten dankbar an, was durch die gesetzliche Sozialreform auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes bereits geschehen ist. Die Versammelten vertrauen den Erklärungen, die Ew. Gzcellentz am 20. Januar 1903 im Reichstag gegeben hat, daß der Fortgang der Sozialreform nicht unterbrochen werden soll. Zugleich aber war der Kongress der Überzeugung, daß die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den anderen Volksständen und der damit verbundene Ausbau der Freiheit, wie sie durch die Erlasse unseres Kaisers vom Februar 1890 angeündigt wurden, noch nicht erfüllt ist. Die vaterländisch gesinnte Arbeiterschaft wünscht, daß das bestehende Koalitionsrecht gesichert und ausgebaut werde, denn die ungehinderte Vereinigung und Organisation ist notwendig, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu heben und dem Arbeiter die Mitwirkung an der Regelung derselben zu ermöglichen. Das Ziel hierbei soll nicht der Klassenkampf, sondern die Verständigung mit den Arbeitgeber auf dem Boden der gegenseitigen Gleichberechtigung sein.“

Ferner wird es von der Arbeiterschaft oft bitter empfunden, daß die bestehenden einzelstaatlichen Vereins- und Versammlungsgesetze sehr oft der Entwicklung der Arbeiterorganisationen und einer freien kraftvollen sozialpolitischen Betätigung im Wege stehen. Ganz besonders ist dieses bezüglich der Beteiligung der Frauen an sozialpolitischen Vereinigungen der Fall. Da jedoch gerade die Frage des Arbeiterschutzes ein so wichtiger Teil der sozialen Bewegung ist, so ist die Mitwirkung der Frauen beziehungsweise Arbeiterinnen um so mehr zu wünschen. Endlich bedarf die Rechtslage der Berufsvereine einer Reform. Die Berufsvereine wünschen, daß ihnen die Rechtfähigkeit zwecks Sicherstellung ihres Vermögens in einer Form gegeben werde, welche ihrer Bewegungsfreiheit nicht hinderlich ist. Ganz besonders aber möchten wir Ew. Gzcellentz den dringenden Wunsch des Kongresses empfehlen, daß endlich die Verwirklichung der paritätischen Arbeitskammern im Sinne der Erlasse unseres Kaisers näher getreten werde. Der Kongress war einstimmig der Ansicht, daß solche Arbeitskammern ein Mittel zur Verständigung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber sein würden. Wir überbringen Ihnen anbei die gefaßten Beschlüsse und die Drucksachen des Kongresses. Die Männer der Arbeit, welche in Frankfurt versammelt waren, sind sich der Schwierigkeiten bewußt, welche ihren Bestrebungen, die christlich- und national-denkende Arbeiterschaft zu gemeinsamer sozialer Friedensarbeit zu sammeln, entgegenstehen. Sie sind jedoch fest entschlossen, mutig und zuverlässig auf der betretenen Bahn voranzuschreiten. Dazu ermunigt uns ganz besonders die warme Sympathie, die unser Kaiser dem Kongress zum Ausdruck gebracht hat und die dankbar für die Begeisterung, mit welcher der Kongress die Kundgebung Sr. Majestät aufgenommen hat. Wir verzichten Ew. Gzcellentz, daß die deutschen Arbeiter, die uns beauftragt haben, ihre Wünsche zu unterbreiten, erfüllt sind von herzlichster Treue und Liebe zu unserem erlauchtem Kaiser und unserem deutschen Vaterland. Wir wollen dahin wirken, daß diese Gefühle nie erlöschen und dahin streben, daß die sozialen Zustände in unserem Vaterland so werden, daß die deutsche Arbeiterschaft sich glücklich und zufrieden fühlen kann.“

Der Herr Kanzler preiste die Herren Deputati mit folgenden unverbindlichen Redensarten ab:

„Meine Herren! Ich freue mich, Sie hier zu sehen und danke Ihnen, daß Sie durch Ihren Besuch mich Gelegenheit geben, Sie persönlich kennen zu lernen. Ihr Frankfurter Kongress war für mich eine willkommene Erscheinung. Ich habe mir über den Verlauf der dort gefaßten Beschlüssen eingehend Bericht erstatten lassen. Als Wahl des richtigen Weges begreife ich, daß die in Frankfurt versammelten Arbeitervertreter sich an den Kaiser gewandt haben. Denn unbeirrt durch Gegenmeinungen von links und rechts hält das Oberhaupt des Reiches daran fest, daß es zu seinen für Deutschlands Zukunft wichtigsten Aufgaben gehört, die

Wohlfahrt der deutschen Arbeiter zu fördern und ihr Vorwärtstreben innerhalb der notwendigen Unterordnung auch der Arbeiterinteressen unter das Gemeinwohl mit dem kaiserlichen Wohlwollen unterstützen. Es ist ein bleibendes Ruhmestitel unseres deutschen Kaiserthums, das unter allen staatlichen Mächtegebilden zuerst und aus freiem Antrieb die Initiative zur Einführung gesetzlicher Schutzmaßnahmen für die Arbeiter ergriffen und im Reiche Fürsorgeeinrichtungen ins Leben gerufen hat, die in anderen Kulturländern noch nicht verwirklicht worden sind.“

Die letzten zwanzig Jahre haben bei uns den arbeitenden Klassen gegen früher wesentliche Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage gebracht, und an dem Ausbau der grundlegenden Gesetzgebung wird stetig fortgearbeitet. Wenn irgend jemand dem werklätigen Deutschen die Erreichung einer Lebenshaltung wünscht, die ihn zu einem besser gestellten Arbeiter der Welt machen würde, so ist es unsere Kaiser. Das können Sie mir glauben. Was nun die amtliche Behandlung Ihrer Resolutionen betrifft, so brauche ich Ihnen, die Sie politisch geschulte Männer sind, nicht förderativen Staatswesens wie das Deutsche Reich keine verbindenden Zusicherungen für künftige Arbeiten der Gesetzgebung auszusprechen kann, um alle Ihre Wünsche zu erfüllen. Wohl aber will ich Ihnen versichern, daß ich Ihre Bestrebungen verstehe und würdige, die Gleichberechtigung der Arbeiter auf dem Boden der Selbsthilfe und in staatlich geordneter Interessensvertretung noch mehr zur Geltung zu bringen und daß ich daher für eine ernste, sachliche Prüfung Ihrer Frankfurter Resolutionen Sorge tragen werde. Mögen Sie auch aus der Vergangenheit der staatlichen Arbeiterfürsorge in Deutschland Vertrauen für die Zukunft schöpfen, daß sich die verbündeten Regierungen ihrer iltlichen Aufgaben gegenüber den Arbeitern vollkommen bewußt und entschlossen sind, Sie gewissenhaft zu erfüllen. Die Hoffnung, daß Sie, meine Herren, dieses Vertrauen mit sich fortführen, macht mir unser Zusammentreffen wertvoll und ich danke Ihnen nochmals, daß Sie mich aufgesucht haben.“

Wie das Christliche Gewerkschaftsblatt mitteilt, ist diesen Neben noch eine einstündige „unverbindliche“ Aussprache gefolgt. Dieses christliche Blatt scheint sich also in dem Wahn zu befinden, daß die „Neben“ des Kanzlers ihn zu etwas verpflichtet. Das Blatt scheint also gar nicht zu fühlen, wie bagatelhmäßig der Kanzler den Frankfurter Kongress behandelt. Und von den Audienz-Delegierten steht er vorans, daß sie gleich den römischen Augusten das Lachen über seine wohlwollenden Redensarten unterdrücken. Freilich sagte er das nicht wörtlich, allein er hält sie politisch für so „geschult“, einzusehen, daß das Klappern zum Handwerk eines Reichstanzlers und der bürgerlichen Parteien gehört. Möglich, daß der Herr Kanzler die Deputation richtig einschätzt. Die Herren mögen sich mit ihm darüber auseinandersetzen.

Betrachtungen über die Kölner Gewerbegerichtswahl.

Die Kölner Arbeiterschaft hat das Wahlfahr 1903 mit einem glänzenden Siege über die sogenannten christlichen Gewerkschaften bei der am 9. Dezember stattgefundenen Wahl von vierzehn Arbeiterbeisitzern zum Gewerbegericht beschlossen. Nicht weniger als fünf Wahlen haben in diesem Jahre in Köln (ohne die verschiedenen Wahlen zu Kranenkasen zc.) stattgefunden. Bei allen diesen Wahlen waren die organisierten Arbeiter auf das äußerste angestrengt worden, aber von Ermüdung fand man keine Spur. Dies hat die Gewerbegerichtswahl voll und ganz bewiesen. Waren die Arbeiter bei den Landtags- und Stadtordegnetenwahlen durch das berückichtigte Dreifachstimmwahlsystem zum größten Teile zur Untätigkeit verdammt, so sahen sich mit fieberhafter Ungeduld dem Tage der Kewanche entgegen, um zu beweisen, wie sie über die Partei des Brotwunders denken. Die Kölner Gewerbegerichtswahl hat eine Bedeutung weit über die Grenzen Deutschlands hinaus erlangt, nicht als Gewerbegerichtswahl, sondern wegen der Art und Weise, wie der Kampf geführt wurde. Es gibt wohl keine Stadt im ganzen Reiche, wo die Gewerbegerichtswahlen mit solcher Erbitterung ausgekämpft werden wie in Köln. Was von den christlichen Agitatoren an Lügen, Verleumdungen und Verletzungen geübt wurde, steht einzig da. Was von den Christlichen zusammengeschildert worden ist, geht nicht auf eine Ruhbahn. Dieser gehässige und widerliche Kampf nahm seinen Anfang nach dem bekannten Auspruch des Zentrumsabgeordneten Karl Bachem im Reichstag: „Die Arbeiter sind in den Schloß des Zentrums zurückgeführt.“ Wenn nun ein Mann wie Bachem an solcher Stelle einen derartigen Anspruch macht, muß auch der Beweis dafür erbracht werden. Dazu hat sich bei den Gewerbegerichtswahlen die beste Gelegenheit, weil ja hier nur Arbeiter in Frage kommen. Zwar kämpfen formell keine politischen Parteien miteinander, aber dennoch hat der Kampf um die Beisitzstellen am Kölner Gewerbegericht unbeschreiblich einen politischen Hintergrund. Als nun der Ausfall der Gewerbegerichtswahl im Jahre 1899 Herrn Bachem dahin belehrte, daß er die Unwahrheit im Reichstag ausgesprochen hatte, wurde auf andere Mittel gefonnen. Man beantragte, den Landkreis Köln und den Kreis Bergheim an das Kölner Gewerbegericht anzugliedern, nicht etwa, um den dortigen Arbeitern die Wohlthat des Gewerbegerichtes zu gewähren, sondern nur, damit die dort zum größten Teile katolisch-atholischen Arbeiter das Wahlergebnis zugunsten der Christlichen beeinflussen könnten. Denn in der Begründung, die man dem Antrag beigefügt hatte, hieß es am Schlusse, es sei zu hoffen, daß dann die Wahlen in christlich-sozialen Sinne ausfallen würden. Der Antrag, den Kreis Bergheim an das Kölner Gewerbegericht anzugliedern, wurde abgelehnt, dagegen zog man den Landkreis Köln mit herein. Das es den Zentrumsberren nicht darum zu tun war, den Arbeitern im Kreise Bergheim ein Gewerbegericht zu verschaffen, beweist die Tatsache, daß die Arbeiter dieses Kreises heute noch auf ein Gewerbegericht warten.

Hätte schon die Wahl im Jahre 1899 bewiesen, wie die Kölner Arbeiterschaft denkt, so zeigte die Wahl am 28. März 1901, daß die Christlichen zu vollständiger Ohnmacht gegenüber den freien Gewerkschaften verdammt sind. Die diesjährige Wahl hat diese Tatsache abermals bestätigt. Diesmal haben die Gegner alles aufgegeben, was nur möglich war, den letzten Mann haben sie zur Urne geschleppt. Zahlreiche Versammlungen haben sie abgehalten; in jedem Orte des Landkreises, wo es uns absolut unmöglich war, Versammlungen abzuhalten, haben sie welche veranstaltet. Diskussion gab es in all den Versammlungen nicht. Unzählige Flugblätter haben sie verbreitet!

In all den Versammlungen und Flugblättern hat man auch nicht einen einzigen Fall vordringen können, daß die jetzigen Vertreter nicht ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan hätten. Wäre man dazu in der Lage gewesen, so hätte man etwas erleben können. Aber im Gegenteil: Man mußte sogar in den Versammlungen unumwunden zugeben, daß an den Beisitzern nichts auszusetzen sei, und daß sie die Interessen der Arbeiter voll und ganz gewahrt hätten. „Und trotzdem sollen sie aus dem Gewerbegericht heraus!“ So hieß es. Komte man an den Beisitzern nichts auszu machen, so mußte der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratie in jeder Versammlung und in jedem Flugblatt herhalten; alles nur Denkbare wurde an den Parteien herbeigezogen. Aber alles hat nichts geholfen. Der Bauwan, das Schweregepöhl der Sozialdemokratie hat die denkende Arbeiterschaft nicht davon abgehalten, solche Leute ins Gewerbegericht zu wählen, die den Nachweises erbracht haben, daß sie fähig sind, den Posten als Beisitzer auszufüllen. Um einen richtigen Maßstab für die Beurteilung des Stimmverhältnisses beider Parteien zu gewinnen, ist es nötig, auf die früheren Wahlen zurückzugreifen. Es wurden abgegeben im Jahre:

insgesamt Sitze:	freie Gewerkschaften	Christliche
1892: 3145	2132	1008
1894: 3445	2168	1260
1896: 8127	4158	3988
1899: 12932	8272	4746
1901: 15346	9362	5492
1903: 16322	10606	5694

Dazu sind bei der jetzigen Wahl den freien Gewerkschaften noch zirka 1200 Stimmen zuzurechnen, denn in dem rechtsrheinischen Wahlbezirk konnten zirka 1600 Wähler ihr Wahlrecht nicht ausüben wegen der ungewöhnlichen Wahlteilung und weil der betreffende Wahlvorsteher seiner Aufgabe nicht gewachsen war. Der Andrang der Wähler war in diesem Wahlbezirk gegen 8 Uhr abends so stark, daß Tische und Stühle in dem Wahllokal zerdrückt wurden. Der Wahlvorsteher schloß den Wahlakt, ehe die noch im Saale und draußen stehenden Wähler, die von den Gegnern auf zirka 1600 geschätzt wurden, gewählt hatten. Wie der Bezirksauschuß und die Wähler sich zu der Sache stellen, muß abgewartet werden.

Betrachtet man aber erst die Zahlen unter Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses, so liefern sie unwiderleglich den Beweis, daß die Christlichen auch in diesem Jahre nicht nur keine Fortschritte gemacht, sondern abermals zurückgegangen sind. Entsprechend dem Bevölkerungszuwachse muß eine ganz natürliche Vermehrung der Stimmen der freien Gewerkschaften enthalten, bei den Christlichen aber sucht man sie vergebens. Legt man also die Stimmenszahl von 1899 zugrunde und rechnet einen gewissen Prozentsatz auf den Bevölkerungszuwachs, so ergibt sich ganz zweifellos, daß die Christlichen abermals zurückgegangen sind.

So hat also auch die diesjährige Gewerbegerichtswahl wieder die sehr interessante und bedeutsame Tatsache ergeben, daß die christliche Arbeiterbewegung in Köln nur noch eine Verteidigungsstellung einnimmt, daß dagegen die freien Gewerkschaften unaufhaltsam vorwärtstreiben. Es ist begreiflich, daß diese Tatsache dem Zentrum sehr peinlich ist. Unsere Lösung muß sein, die jetzt bestehende Situation auszunutzen und dahin zu wirken, daß unsere Gewerkschaften das werden, was sie sein sollen, ein unüberwindliches Bollwerk gegen das Unternehmertum.

Köln-Ghyrenfeld. B. C.

Eine Abfuhr.

Wie sich der Vorstand der Berliner Klemperernnung eine Abfuhr holte. Oder: Wer andere eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.

Von der Gewerbe-Deputation des Berliner Magistrats wurde dem Gesellenauschuß der Klemperernnung folgendes Schreiben des Vorstandes der Klemperernnung zur Gegenäußerung zugesandt:

Berlin, der 3. Juni 1903.

Der unterzeichnete Vorstand nimmt hiermit Veranlassung, der wohlwollenden Gewerbe-Deputation des Magistrats folgende Beschwerde zur geneigten Kenntnisnahme zu unterbreiten. In der letzten Streikangelegenheit der Berliner Bauklemperer hat der Gesellenauschuß, speziell aber der Vorsitzende desselben, der Altgeselle Weigel, in seiner Weise dazu beigetragen, um mit der Gesellenschaft über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unterhandeln zu können. Derselbe hat gegen die Bestimmung des § 46 unseres Innungsstatuts gehandelt, indem er in der Sitzung am 7. März dieses Jahres, zu welcher der Gesellenauschuß eingeladen war, in dieser Angelegenheit erklärte, mit uns nicht verhandeln zu können, weil er dazu nicht die Genehmigung des Vorstandes des Metallarbeiter-Verbandes habe. Aber nicht allein aus diesem Grunde nehmen wir Veranlassung zur Beschwerde über denselben, sondern noch aus folgendem Tatbestand:

Am 7. April dieses Jahres fand in unserer Streikangelegenheit eine außerordentliche Generalversammlung im Deutschen Hof statt, zu welcher der Altgeselle Weigel infolge seiner abgegebenen Erklärung nicht eingeladen war. In diese Versammlung hatte sich Weigel eingeschlichen und in einer Nische auf der Galerie hinter einer Gardine verborgen gehalten, um der Versammlung heimlich beizuhören zu können. Er wurde jedoch von einem unserer Kollegen rechtzeitig entdeckt und entfernte sich derselbe nun auf demselben Wege, wie er gekommen.

Am 20. April dieses Jahres fand nun unsere Generalversammlung statt, zu welcher der Gesellenauschuß rechtzeitig eingeladen war. In dieser Generalversammlung wurden 19 neue Mitglieder in unsere Innung feierlich eingeführt, 34 ausgebildete Lehrlinge zum Gesellen freigesprochen und 28 neue Lehrlinge aufgenommen.

Der Altgeselle Weigel erschien in dieser Generalversammlung eine Stunde nach Beginn derselben, nachdem die Freisprechung und Verteilung der Prämien diplome längst vorüber war. konnte also seiner Verpflichtung, die Diplome mit zu unterzeichnen, nicht nachkommen, weil dieselben den Prämiierten schon ausgehändigt waren. Auch erschien derselbe in einem Anzug, welcher der Würde der Versammlung nicht entsprach, und zwar in seinem Arbeitsanzug, blaues Hemd unterm Rock und mit vollständig beschmutzten hohen Stulpenstiefeln, was die Entrüstung der ganzen Versammlung über ein so ungebührliches Erscheinen zur Folge hatte.

Auch hat sich Weigel in öffentlicher Versammlung der Gesellen in höchst abfälliger Weise über die Institution unserer Innung in bezug auf das Lehrlingswesen und die Gesellenprüfungen geäußert.

Der Vorstand ist aus diesen Vorkommnissen zu der Überzeugung gelangt, daß der Altgeselle und Vorsitzende des Gesellenauschusses, Weigel, welcher der Ehre und Würde unserer Innung eine solche Mißachtung entgegengebracht, nicht der Mann ist, mit welchem wir ferner als den Vertreter der Gesellenschaft verkehren können, und hat beschlossen, den Gesellenauschuß unter Vorbehalt des zc. Weigel zu keiner Versammlung mehr einzuladen, an keiner Sitzung sowie an keiner Generalversammlung ferner noch teilnehmen zu lassen.

Der Vorstand der Klemperernnung

J. A.: gez. Richard Berger, Obermeister.

Gewerbe-Deputation des Magistrats.

Abchrift erhalten Sie zur Kenntnisnahme und Gegenäußerung. An den Vorsitzenden des Gesellenauschusses der Klemperernnung Herrn Weigel hier.

Der Gesellenauschuß hat der Gewerbe-Deputation auf dieses Schreiben folgendes geantwortet:

Berlin, den 7. Juli 1903.

An die wohlwollende Gewerbe-Deputation.

J. N. 1189. Gew. 03. Berlin.

Der unterzeichnete Gesellenauschuß der Berliner Klemperernnung nahm in seiner am 5. Juli stattgehabten Sitzung Kenntnis von der Beschwerde des Vorstandes der Klemperernnung und hat darauf folgendes zu erklären:

In der Lohnbewegung der Berliner Bauklemperer vom September 1902 hat der Gesellenauschuß dem Vorstand der Klemperernnung dem Auftrag der Klempererverammlung gemäß die Forderungen unterbreitet und in mehreren Sitzungen und Versammlungen versucht, eine Einigung herbeizuführen. Da diese aber kein annehmbares Resultat für uns hatten, wurde die Arbeit niedergelegt. Am 14. September 1902 fand nun vor dem Gewerbegericht eine Einigungsverhandlung statt (ohne Richter), zu welcher der Gesellenauschuß nicht geladen, somit übergegangen wurde, in welcher bestimmt wurde, eine aus gleichen Teilen zu wählende Kommission zu bilden, welche zum 1. April den angebotenen Tarif auszuarbeiten hat. Hierzu ein Exemplar der Abmachungen. Der Gesellenauschuß hat nun auf das Verlangen, nur mit ihm zu verhandeln, was aus der Einladung vom 7. März dieses Jahres hervorging, berechtigterweise betont, daß laut Abmachung vom 14. September eine Kommission, paritätisch zusammengefaßt, zu verhandeln habe. Von Seiten der Gesellen wurde diese Kommission, worin auch der Gesellenauschuß vertreten war, gewählt und dem Vorstand der Innung mitgeteilt. Ferner lag ein weiterer Grund für den Gesellenauschuß darin, daß die stattfindenden sollte und dazu das Staat dem Vorstand keine Handhabe bietet. Wenn nun der Vorstand behauptet, der Vorsitzende des Gesellenauschusses speziell hätte gegen § 45 des Statuts verstoßen, so hat der Gesellenauschuß darauf zu erklären, daß derselbe sich auf Grund der Abmachungen vom 14. September nicht für berechtigt hielt, zu unterhandeln und dieses dem Vorstand auch in keinem Paragraphen verboten ist.

Bezüglich der Generalversammlung vom 7. April hat der Gesellenauschuß zu erklären: weil derselbe nicht eingeladen war, hat

Der Vorsitzende allerdings versucht, der Versammlung heimlich beizutreten, wofür Gründe vorhanden sind, welche der Gesellen-

Bezugnehmend auf das Zustimmen in der Versammlung am 20. April hat der Gesellenausschuß, speziell der Vorsitzende, zu erklären: Infolge der früher immerwährend montierten Liquidationen hat der Vorsitzende nicht früher da sein können, da dessen Arbeitszeit um einhalb sechs Uhr beendet ist und um sechs Uhr war er dort.

Der Vorstand, speziell der Obermeister, hat in der betreffenden Versammlung, bevor der Vorsitzende des Gesellenausschusses das Wort ergriff, an dem Antrag des Vorsitzenden keinen Anstoß genommen, jedoch hat der Vorsitzende des Gesellenausschusses hierzu zu erklären: Es ist unklar, daß er sein blaues Arbeitshemd anhatte, sondern es war ein sogenanntes Sporthemd.

Daß der Vorsitzende des Gesellenausschusses in öffentlicher Versammlung über die Institution der Innung in abfälliger Weise sich geäußert hat, ist unrichtig wiederzugeben. Hierzu bemerkt der Gesellenausschuß: Infolge des Einwandes der Kleinvermeister, wonach sie den geforderten Lohn nicht zahlen können, weil soviel junge Gesellen da seien, die nicht genügend leisten, wurde den Meistern entgegen gehalten, sie sollten ihre Lehrlinge zu Kleinvermeistern ausbilden und nicht als Laufburschen und Handlanger benutzen, was dem Gesellenausschuß bei verschiedenen Prüfungen zu beobachten möglich war.

Daß der Vorsitzende des Gesellenausschusses nicht der Mann des Innungsstandes ist, freit uns und bemerkt der Gesellenausschuß: Bis zur Erledigung der Beschwerde durch die wohlthätige Gewerbe-Deputation wird dessen Vorsitzender an keiner Sache der Innung teilnehmen. Im Auftrag des Gesamten Gesellenausschusses der Kleinvermeister: Karl Weigel.

Daraufhin ist dem Vorstand der Kleinvermeister folgende Antwort der Gewerbe-Deputation zugeandt worden: Gewerbe-Deputation des Magistrats J. N. 1683. Gem. 1903. Berlin, den 17. September 1903.

Die Beschwerde über den Gesellenausschuß der Kleinvermeister, insbesondere den Altschellen Weigel, wie sie in dem Schreiben vom 2. Juni und 19. August dieses Jahres begründet ist, bietet noch keinen Anlaß für uns von Aufschubwegen einzuschreiten.

Nach § 96 Absatz 2 der Gewerbeordnung sind wir als Aufsichtsbehörde nur berechtigt, die Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften zu erzwingen und zu dem Zwecke auch gegen die Mitglieder des Gesellenausschusses nötigenfalls mit Ordnungsstrafen vorzugehen.

Das einmalige Zustimmen des Altschellen aber und sein Erscheinen in einem nicht tabellosen Anzug hat der Gesellenausschuß in seinem Bericht vom 7. Juli dieses Jahres in ausreichendem Maße aufgeklärt und entschuldigt. Im übrigen ist eine Verletzung gesetzlicher oder statutarischer Vorschriften nicht nachgewiesen. Dagegen verstoßt der Beschluß des Vorstandes, die Mitglieder des Gesellenausschusses zu keiner Sitzung und keiner Generalversammlung bis auf weiteres mehr heranzulassen, gegen die Vorschriften der §§ 20 und 45 des Statuts, wonach an der Beratung und Beschlußfassung über die darin bestimmten Angelegenheiten der Gesellenausschuß beteiligt werden muß. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß alle Innungsbeschlüsse, bei welchen in dieser Beziehung nicht nach den statutarischen Vorschriften verfahren wird, ungültig sind. Sollte die Zustimmung des Gesellenausschusses verweigert werden, so kann sie auf Antrag durch die Aufsichtsbehörde ergänzt werden. Gz. Friedel.

An den Vorstand der Kleinvermeister, z. H. des Obermeisters Herrn Berger hier, Postenstraße 43. Berlin, den 17. September 1903. Vorstehende Abschrift erhält der Gesellenausschuß der Kleinvermeister zur gefälligen Kenntnisnahme: Friedel. An den Gesellenausschuß der Kleinvermeister z. H. des Altschellen Herrn Weigel hier.

Wie aus der Antwort der Gewerbe-Deputation zu ersehen, hat sich der Vorstand der Kleinvermeister eine so gründliche Absicht geholt, daß die Herrn wohl für die nächste Zeit Frieden halten werden.

Aus den einzelnen Branchen.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Formner und Gießereiarbeiter von Hannover-Linden und Umgebung.

Die von unserer Organisation über ganz Deutschland vorgenommene Erhebung über die Formner und Gießereiarbeiter hat uns eine willkommene Gelegenheit, einen eingehenden Überblick über die gesamten Verhältnisse dieser Branche zu erhalten. Wir wollen uns das Bestreben, das wir auf Grund des gewonnenen Materials erhalten haben, unseren Kollegen unterbreiten, damit sie auch „schwarz auf weiß“ sehen, wie ihre Verhältnisse sind, und daß sie mit allen Kräften darauf zu streben haben, eine Verbesserung zu erreichen. Leider müssen wir bemerken, daß ein ganz vollständiges Material nicht vorliegt, da über die Maschinenfabrik G. Eggehoff und die Abteilung Eisengießerei des Lindener Eisens- und Stahlwerkes keine Angaben vorliegen. Die zwei Fragebogen für diese Betriebe waren an die Ortsverwaltung Linden abgeleitet worden, kamen aber nicht an uns zurück. Doch ändern wir diese Zahlen aus den beiden Betrieben an dem Gesamtbild nichts weiter, als daß die Zahl der Beschäftigten eine etwas höhere sein würde. Die Lehre jedoch ergibt sich daraus, daß die Kollegen von Hannover-Linden wohl bedeutend leichter, produktiver und besser arbeiten könnten, wenn dem etwaigen Unternehmertum auch eine Verwaltungstelle gegenüberstände. Ferner wird das Gesamtergebnis in Bezug auf den Prozentsatz der organisierten Kollegen durch die vielen in den Gießereien beschäftigten Hilfsarbeiter, die insolge ihrer geradezu erbärmlichen Lohnverhältnisse sehr schwer zu organisieren sind, gegenüber den gelehrten Arbeitern wesentlich nach unten verschoben. Neben dem gelehrten Arbeiter, oder diese speziell nebsther angehörenden, mit zur Bezahlung gezogen werden, so würde hier das Verhältnis ein wesentlich günstigeres sein.

Doch zur Sache. Die Erhebung erstreckte sich auf 21 Betriebe in den Orten Hannover-Linden, Döhren, Hülse, Kobern und Sarpede. Diese 21 Betriebe spezifizieren sich in eine Stahlgießerei, 5 Metallgießereien und 15 Eisengießereien. Von letzteren sind 10 Arbeiterbetriebe von Maschinenfabriken. Die 21 Betriebe beschäftigen 433 Sandformer, 2 Lehmschneider, 2 Metall-, 2 Stahl- und 26 Maschinenformner, 196 Kernmacher, 58 Schmelzer, 26 Gießereiarbeiter und 75 Lehrlinge, zusammen also 1054 Personen. Demnach hat 43% im Deutschen Metallarbeiter-Verband und 27% in anderen Organisationen (hauptsächlich im Stahl- und Hilfsarbeiter-Verband) organisiert, so daß von den erwachsenen 1479 Personen

insgesamt 725 oder circa 50 Prozent organisiert sind. Diese Zahl zeigt einen ganz gewaltigen Aufschwung gegenüber dem Jahre 1902. Auch da hatten wir im Oktober auf gleicher Grundlage eine Statistik aufgenommen, die sich auf 1170 Personen (ohne Lehrlinge) und 15 Gießereien erstreckte, die aber nur 164 Mann für den Deutschen Metallarbeiter-Verband gleich 14 Prozent und 67 Personen für andere Organisationen ergab, so daß zusammen nur 20 Prozent organisierte Kollegen festzustellen wurden. Zu diesem Fortschritt hat vor allem eine von den Formnern energisch betriebene Hausagitation und die bessere Schulung der Vertrauensleute beigetragen. Wenn der Erfolg der Hausagitation auch nicht sofort zutage trat, so machte er sich aber in späterer Zeit desto mehr bemerkbar.

Die Lohnverhältnisse können durchwegs für alle Berufsgruppen als traurige bezeichnet werden. Soweit Sandformner in Lohn arbeiten, verdienen pro Stunde:

Table with 2 columns: Lohn range and number of workers. 92 Mann 25 bis 28 Pf., 8 Mann 41 bis 42 Pf., 38 = 31 = 32 = 8 = 43 = 44 =, 18 = 35 = 36 = 4 = 45 = 46 =, 9 = 37 = 38 = 16 = 49 = 50 =, 27 = 39 = 40 = 8 = 51 = 52 =

Das ergibt bei 223 Mann einen Durchschnittslohn von 34 1/2 Pf. die Stunde.

Im Afford stellt sich das Verhältnis etwas günstiger. Von 423 Mann waren diesbezügliche Angaben zu erlangen, darnach verdienen pro Stunde:

Table with 2 columns: Lohn range and number of workers. 1 Mann unter 25 Pf., 19 Mann von 41 bis 42 Pf., 2 = von 26 bis 28 Pf., 18 = = 43 = 44 =, 36 = = 29 = 30 = 19 = = 45 = 46 =, 4 = = 31 = 32 = 8 = = 47 = 48 =, 52 = = 33 = 34 = 85 = = 49 = 50 =, 18 = = 35 = 36 = 93 = = 51 = 55 =, 40 = = 37 = 38 = 42 = = 56 = 60 =, 24 = = 39 = 40 = 22 = = 61 = 65 =

Der durchschnittliche Stundenlohn stellte sich bei den im Afford arbeitenden Sandformnern auf 43 1/2 Pf.

Die Lehmschneider stellen sich etwas günstiger; in Lohn verdienen: 1 Mann 36 Pf., 1 Mann 42 Pf. und 1 Mann 48 Pf. pro Stunde gleich 42 1/2 Pf. im Durchschnitt. Im Afford arbeiten 5 Mann, die 51 bis 55 Pf. pro Stunde verdienen oder 53 Pf. durchschnittlich.

Von den Metallformnern verdienen bei Lohnarbeit, worüber 24 Mann Angaben machten, pro Stunde:

Table with 2 columns: Lohn range and number of workers. 3 Mann 29 bis 30 Pf., 5 Mann 45 bis 46 Pf., 4 = = 35 = 36 = 6 = = 47 = 48 =, 1 = = 37 = 38 = 2 = = 49 = 50 =, 2 = = 39 = 40 = 1 = = 51 = 55 =

Das ist im Durchschnitt 42 1/2 Pf. die Stunde. Bei Affordarbeit stellt sich bei dieser Kategorie das Verhältnis sehr wenig anders, im ganzen sind 19 Mann zeitweilig oder ganz in Afford beschäftigt und kommen pro Stunde:

Table with 2 columns: Lohn range and number of workers. 2 Mann auf 35 bis 36 Pf., 3 Mann auf 45 bis 46 Pf., 7 = = 39 = 40 = 3 = = 49 = 50 =, 1 = = 41 = 42 = 1 = = 51 = 55 =, 2 = = 43 = 44 =

so daß 43 1/2 Pf. Durchschnittsverdienst sich ergibt.

Stahlformner verdienen bei Lohnarbeit: 5 Mann 36 Pf., 21 Mann 40 Pf. Dabei möchten wir bemerken, daß wir für die Stahlformner dieses Frühjahr einen Mindestlohn von 40 Pf. für alle Arbeiter (soweit sie länger wie ein Jahr ausgereist haben) mittels einer vierzehntägigen Lohnbewegung zur Einführung brachten, der bei „Ausbruch“ ebenfalls begehrt werden muß. Im Afford stellt sich das Verhältnis auch etwas günstiger wie bei den Eisenformnern, indem von den 26 Stahlformnern 4 Mann 40 Pf., 10 Mann 45 bis 46 Pf., 8 Mann 49 bis 50 Pf., 4 Mann 51 bis 55 Pf. oder durchschnittlich 47 1/2 Pf. die Stunde verdienen.

Die Maschinenformner arbeiten fast ausnahmslos in Afford, nur 17 Mann machten Angaben über Lohnarbeit und stellen sich diese auf 26 bis 30 Pf. die Stunde oder 28 Pf. im Durchschnitt. Bei Affordarbeit bleiben sie sehr wenig hinter den Handformnern zurück und zwar kommen:

Table with 2 columns: Lohn range and number of workers. 10 Mann auf 26 bis 28 Pf., 1 Mann auf 42 Pf., 10 = = 29 = 30 = 2 = = 43 bis 44 Pf., 11 = = 31 = 32 = 55 = = 45 = 46 =, 12 = = 33 = 34 = 8 = = 47 = 48 =, 6 = = 35 = 36 = 52 = = 49 = 50 =, 36 = = 39 = 40 =

Der durchschnittliche Verdienst bei Affordarbeit, worüber alle 203 Mann Angaben machten, stellt sich darnach auf 42 1/2 Pf. die Stunde.

Von den Kernmachern machten 125 Mann Angaben über Lohn und zwar verdienen:

Table with 2 columns: Lohn range and number of workers. 5 Mann unter 25 Pf., 7 Mann unter 37 bis 38 Pf., 1 = = 28 = 11 = = 39 = 40 =, 16 = = 29 bis 30 Pf., 1 = = 41 = 42 =, 4 = = 31 = 32 = 4 = = 43 = 44 =, 39 = = 33 = 34 = 1 = = 45 = 46 =, 35 = = 35 = 36 = 1 = = 51 = 55 =

oder durchschnittlich 34 1/2 Pf. die Stunde. Im Afford verdienen: 19 Mann 39 bis 40 Pf., 34 Mann 47 bis 48 Pf., 9 = 41 = 42 = 12 = 49 = 50 =, 12 = 45 = 46 =

Der durchschnittliche Verdienst stellt bei 86 in Afford arbeitenden Kernmachern auf 43 1/2 Pf.

Wenig anders liegt das Verhältnis bei den Schmelzern; hier haben über Lohn 38 Mann Angaben gemacht:

Table with 2 columns: Lohn range and number of workers. 2 Mann 29 bis 30 Pf., 8 Mann 37 bis 38 Pf., 8 = 31 = 32 = 3 = 39 = 40 =, 9 = 33 = 34 = 1 = 45 = 46 =, 7 = 35 = 36 = 1 = 51 = 55 =

Im Durchschnitt 35 Pf. pro Stunde. Im Afford arbeiten 20 Mann und kommen:

Table with 2 columns: Lohn range and number of workers. 5 Mann auf 33 bis 34 Pf., 8 Mann auf 41 bis 42 Pf., 1 = = 35 = 36 = 6 = = 51 = 55 =

oder durchschnittlich auf 36 1/2 Pf. Die Gießereiarbeiter arbeiten ziemlich zur Hälfte in Lohn, die andere Hälfte in Afford, während ein geringer Teil für beides in Frage kommt. Es verdienen in Lohn von 128 Mann:

Table with 2 columns: Lohn range and number of workers. 3 Mann 25 Pf., 17 Mann 33 bis 34 Pf., 40 = 27 bis 28 Pf., 4 = 35 = 36 =, 11 = 29 = 30 = 4 = 37 = 38 =, 45 = 31 = 32 = 1 = 40 =

oder 30 1/2 Pf. durchschnittlich. Über den Affordverdienst liegen 138 Angaben vor und zwar verdienen:

Table with 2 columns: Lohn range and number of workers. 5 Mann 25 Pf., 19 Mann 41 bis 42 Pf., 2 = = 29 bis 30 Pf., 19 = 43 = 44 =, 25 = 35 = 36 = 16 = 45 = 46 =, 11 = 37 = 38 = 2 = 49 = 50 =, 36 = 39 = 40 =

oder Durchschnittsverdienst 39 1/2 Pf. die Stunde. Die am schlechtesten entlohnten Arbeiter, die Hilfsarbeiter, haben fast durchgehend nur Lohnarbeit und es verdienen:

Table with 2 columns: Lohn range and number of workers. 25 Mann 25 Pf., 7 Mann 31 bis 32 Pf., 79 = 25 bis 28 Pf., 2 = 35 = 36 =, 78 = 29 = 30 = 34 = 35 = 36 =, oder 29 1/2 Pf. durchschnittlich. Die in Afford beschäftigten 29 Mann verdienen:

3 Mann 30 Pf., 1 Mann 40 Pf., 3 = 34 = 2 = 46 =

oder im Durchschnitt 41 1/2 Pf. die Stunde. Ein Vergleich mit der im vorigen Jahre von uns angenommenen Statistik ergibt, daß von der „besseren Konjunktur“ in der Eisenindustrie die Arbeiter hier noch nichts zu spüren bekommen haben, denn der Verdienst ist beinahe auf dem Stande wie vor drei-jährigen Monaten. In der Beziehung hat sich also nichts gebessert, wohl aber sind seit dieser Zeit verschiedene „Sopienchen“ der so sehr sich qualifizierte Unternehmern häufig entzogen. Und die Herren

Unternehmer scheinen nach dem Grundsatz divide et impera auch das „Zeilen“ nur auf „unter sich“ zu beziehen, während das „berische“ für die Arbeiter gilt. Ja, nach einer mir vorliegenden Statistik vom Zentralverein der Formner aus dem Jahre 1899 haben sich die Verhältnisse sogar für verschiedene Kategorien wesentlich verschlechtert. Nach dieser Erhebung, an der zwar nur neun Gießereien mit 187 Mann partizipierten, stellte sich der Durchschnittsverdienst pro Woche bei den Sandformnern auf 31 Mk., Maschinenformnern 25 Mk., Kernmachern 19 Mk., Schmelzern 19 Mk., Pusern 21 Mk. und Hilfsarbeitern 17 Mk. Eine Steigerung ist also trotz des Steigens der Preise für Lebensmittel und Wohnungen u. in gar keiner Weise eingetreten, wohl aber zum Teil ein gewaltiger Rückschritt.

Doch weiter. Überstunden werden in 14 Buden gemacht und nach Feierabend wird zum Teil in 8 Buden gegossen. Leider fehlt die Frage, ob es für Überstunden eine „erhöhte“ oder „überhaupt eine Bezahlung“ gibt. Hier ist zum Beispiel nur eine Gießerei, die 10 Prozent für Überstunden vergütet, alle anderen — nichts. Auch bei Sonntagarbeit wird nur in einer Gießerei 33 1/2 Prozent, in einer anderen 50 Prozent vergütet, und doch ist es gar nicht so selten, das Sonntags gearbeitet wird.

Soweit nun die Arbeit in Afford gemacht wird, bezahlen 3 Gießereien (70 Mann) nach Gewicht, 14 Gießereien (426 Mann) nach Stück, 6 Gießereien (315 Mann) geben feste Tarife und in 6 Gießereien (186 Mann) wird der Preis vorher vereinbart. Alle anderen in Afford arbeitenden Kollegen haben eben zu akzeptieren, was der Meister zu zahlen für gut befindet.

Eine der schlimmsten Sache ist die „Ausbruchfrage“. Hier ist meistens der Arbeiter schlankweg der Willkür des Meisters überliefert und mancher fleißige und tüchtige Kollege bringt oft „leere Hände“ statt Geld seiner Familie am Sonnabend nach Hause. Oder wenn der Fabrikant wirklich so „gnädig“ ist, ihn mit Lohn abzuspeisen, so wird dieser dem Arbeiter als „Vorstoß“ angerechnet. Und die Fälle sind nicht selten, daß Kollegen mit Hunderten von Mark im Schuldbuch des „ollen ehrlichen“ Unternehmers stehen, der durch unfähige Ingenieure, schlechtes Eisen und andere Dinge dafür sorgt, daß das Konto nicht geringer wird.

Nur 8 Gießereien sind am Orte, wo Ausschuss überhaupt nicht abgezogen wird, davon sind 6 kleine Buden, in denen nur in Lohn gearbeitet wird. Unter den beiden anderen ist die Stahlgießerei in Linden, wo den Arbeitern der Lohn bei Ausschuss garantiert wird. Alle anderen Gießereien ziehen den Ausschuss ab, sobald nur der Schein vorhanden ist, daß der Formner Schuld daran haben könnte. Doch auch, wenn es klar zutage liegt, daß der Formner keine Schuld trifft, ziehen nur 6 Gießereien nichts ab, alle übrigen aber, bis auf 2, die bis 50 Prozent abziehen, alles.

Die Heizung erfolgt in 8 Betrieben mit Dampf, 8 haben Ofen, davon 4 noch nebenbei offene Koksöfen, und 6 Betriebe, darunter zum Teil die größten, nur offene Koksöfen. Nun, die Polizei und die Fabrikinspektion haben wir davon in Kenntnis gesetzt und wenn die Polizei da ebenso schnell bei der Hand ist wie bei Sistierung von Streikposten, dann wird wohl Abhilfe geschaffen werden — oder auch nicht.

Die Beleuchtung ist in 15 Betrieben elektrisch, 2 haben nebenbei noch Gas, 3 Petroleum und 2 Öllampen. In 6 Betrieben ist Gasbeleuchtung, in je einem davon noch Petroleum und Öllampen.

Hebvorrichtungen sind in 15 Gießereien vorhanden, in 6 Betrieben nicht. — Ventilation gibt es in 8 Gießereien gar nicht, in 9 ist sie ungenügend und nur in 4 befriedigend. — Auch Schutzvorrichtungen fehlen in 11 Betrieben, in 2 sind sie ungenügend und nur in 8 Betrieben den Bestimmungen des Gesetzes gemäß.

Alles in allem also ein ziemlich düsteres Bild, durch einzelne kleine Lichtseiten treten die schwarzen Konturen nur um so schärfer hervor. Möge doch jeder Kollege endlich einmal nachdenken, daß diese traurigen Verhältnisse nur dann gebessert werden, wenn wir auf der ganzen Linie vorgehen können, und daß es dazu nötig ist, den Leuten noch fernstehenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Deshalb: kein Raufen und kein Kuhlen, unverdrossen und unverzagt weiter gearbeitet, ihr Formner und Gießereiarbeiter von Hannover-Linden, wie mir dieses Jahr gearbeitet haben und es wird und muß vorwärts gehen. Vr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Bezüglich der in diesem Jahre zu Ende gehenden Mitgliedsbücher eruchen wir die Bestellungen so zeitig vorzunehmen, daß die Ausfertigung der betreffenden Nummern keinen Aufschub erleidet. Zur Bestellung der für die zu Ende gehenden Bücher auszufertigenden zweiten Bücher bedarf es der Angabe der Hauptnummer, des Vor- und Zunamens, des Berufes, des Geburtsortes und -tages sowie des Tages des Eintritts des Inhabers. Diese Angaben sind notwendig, um nach denselben etwaige in der Hauptliste vorhandene Unrichtigkeiten und Mängel aus derselben beseitigen zu können. Die Ausfertigung des Mitgliedsbuches erfolgt durch die Ortsverwaltung und darf ein zweites Buch nur gegen Rückgabe des bisher benutzten Mitgliedsbuches ausgetauscht werden. Die von den Mitgliedern ausliefernten ausgebrauchten Mitgliedsbücher sind, um Mißbrauch zu verhüten, sofort in Gegenwart ihres bisherigen Besitzers zu vernichten. Zur Erleichterung der Feststellung der Buchnummern, die mit Ablauf dieses Jahres zu erlösen sind, empfiehlt es sich, wenn die Ortsverwaltungen sich alle mit Jahresabschluss 1903 ablaufenden Mitgliedsbücher auf eine besondere Liste aus ihrer Mitgliedsliste ausgeben und die Eigentümer der betreffenden Buchnummern auffordern, sich zur Einsichtnahme in ihr Mitgliedsbuch bei der Ortsverwaltung unter Vorlage des Mitgliedsbuches zu melden.

Wir eruchen die Mitglieder, den Ortsverwaltungen und Geschäftsführern diese Arbeit der Feststellung möglichst zu erleichtern und bemerken dazu, daß die Ausfertigung von zweiten Mitgliedsbüchern nur innerhalb des ersten Quartals 1904 spätestens erfolgen kann. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Anträge auf Ausfertigung von zweiten Büchern können nicht mehr berücksichtigt werden, weil anzunehmen ist, daß die betreffenden Antragsteller über acht Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand und daher gar nicht mehr Mitglieder sind.

Für Bestellungen auf zweite Bücher eruchen wir stets ein besonderes Blatt Papier zu benutzen.

Pflichtlich der Arbeitslosenstatistik.

eruchen wir alle arbeitslosen Mitglieder am Orte, auch die, welche noch nicht unterstützungsberechtigt sind, sich stets bei den örtlichen Verbänden anzumelden.

Im neueren Zeit kommt es häufig vor, daß freie Schriftsteller oder Schriftstellerinnen sich an unsere Ortsverwaltungen um Überlassung von Material und Ausfüllung statistischer Fragebogen wenden. Wir eruchen derartige Fragebogen, die nicht vom Vorstand oder den Bezirksleitern ausgeben, unberücksichtigt zu lassen.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptliste die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Braunschweig die Erhebung einer wöchentlichen Extrafsteuer von 5 Pf. pro Mitglied.

Den Verwaltungsstellen in Mühlhausen i. Th., Peine und Wolfenbüttel die Erhebung einer monatlichen Ertragssteuer von 10 Pf. pro Mitglied.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 8 a, des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Braunschweig: der Klempner Wilhelm Groppe, geb. am 30. Oktober 1876 zu Braunschweig, Buch-Nr. 633733, wegen unkollegialen Verhalten.
Auf Antrag der Allgemeinen Verwaltungsstelle in Nürnberg: der Gieberei-Hilfsarbeiter Johann Ganzer, geb. am 31. Mai 1878 zu Wülstebach, Buch-Nr. 487708;
den Schlosser Georg Herrmann, geb. am 24. November 1874 zu Nürnberg, Buch-Nr. 601390;
den Metallarbeiter Christian Hertel, geb. am 19. Januar 1879 zu Nürnberg, Buch-Nr. 487688;
den Formner Georg Lippert, geb. am 7. Mai 1867 zu Dnd, Buch-Nr. 618187;
den Schlosser Johann Markert, geb. am 28. November 1872 zu Nürnberg, Buch-Nr. 273486;
den Schlosser Ernst Kellenbrecher, geb. am 8. Juli 1864 zu Weisbach, Buch-Nr. ?, sämtlich wegen Streikbruch.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kitzla:
den Uhrmacher Berthold Höp, geb. am 20. September 1882 zu Kitzla, Buch-Nr. 631001;
den Uhrmacher Oskar Hiese, geb. am 20. Februar 1876 zu Kitzla, Buch-Nr. 631611;
den Uhrmacher Reinhold Hornschuh, geb. am 21. März 1879 zu Thal, Buch-Nr. 631539;
den Uhrmacher Reinhold Kaltenbach, geb. am 22. Januar 1878 zu Weisbach, Buch-Nr. 631587;
den Uhrmacher Ernst Liebetrau, geb. am 15. Mai 1879 zu ?, Buch-Nr. 483422;
den Schmied Karl Luther, geb. am 19. Juli 1877 zu Thal, Buch-Nr. 433443;
den Uhrmacher Albin Ortmann, geb. am 24. November 1878 zu Thal, Buch-Nr. 631512;
den Uhrmacher Wilhelm Ortmann, geb. am 5. März 1884 zu Thal, Buch-Nr. 631538;
den Uhrmacher Ernst Schmidt, geb. am 31. Oktober ? zu Thal, Buch-Nr. 423476, sämtlich wegen Streikbruch.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wilhelmshaven-Bant:
den Kesselschmied Franz Samann, geb. am 19. Juni 1884 zu Rannstätt, Buch-Nr. 448030, wegen Schädigung des Verbandes.

Berichtigt wird, daß die nachgenannten Feilenarbeiter in Berlin irrtümlich aus dem Verband ausgeschlossen wurden. Dieselben sind vor dem Ausschluß zugrunde liegenden Vorgängen aus dem Verband ausgetreten. Der Ausschluß derselben wird hiermit zurückgenommen. Es betrifft dies den Feilenarbeiter Rudolf Bestke, geb. am 21. November 1866 zu Berlin, Buch-Nr. 413940;
Feilenarbeiter Otto Flicke, geb. am 28. Januar 1853 zu Berlin, Buch-Nr. 413901;
Feilenarbeiter Hermann Gaukel, geb. am 18. Juli 1856 zu Breslau, Buch-Nr. 413903;
Feilenarbeiter Paul Gesse, geb. am 18. Dezember 1858 zu Berlin, Buch-Nr. 413926;
Feilenarbeiter Ferdinand Krause, geb. am 1. Juli 1853 zu Lubwigsruhe, Buch-Nr. 413985;
Feilenarbeiter Waldemar Matfcheroth, geb. am 14. März 1862 zu Berlin, Buch-Nr. 413992;
Feilenarbeiter Otto Melchior, geb. am 27. Februar 1853 zu Potsdam, Buch-Nr. 500078;
Feilenarbeiter Otto Dehm, geb. am 16. November 1857 zu Landsberga W., Buch-Nr. 413951;
Feilenarbeiter Reinhold Rebske, geb. am 9. April 1859 zu Berlin, Buch-Nr. 413914;
Feilenarbeiter Georg Schabrid, geb. am 14. Mai 1870 zu Zerbst, Buch-Nr. 413908;
Feilenarbeiter Paul Wolfstedt, geb. am 4. Juli 1859 zu Breslau, Buch-Nr. 468473.
Die Genannten werden für nichtwiederaufnahmefähig erklärt.

Wegen je betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.
Der Gürtler Wilhelm Kieselstein, geb. am 3. Nov. 1866 zu Burgen, Buch-Nr. ?, nach einem von den Einzelmitgliedern in Mitlegen gestellten Antrag auf Ausschluß, wegen unkollegialen Verhalten.

Berichtigungen.

In dem kürzlich veröffentlichten Zirkular betreffend die Ermittlung der Mitgliedschaftsdauer der Verbandsmitglieder hat sich im letzten Absatz ein Druckfehler eingeschlichen. Es muß auf der dritten Zeile vor dem angeführten Beispiel statt „31. Januar 1903“ 31. Dezember 1903 heißen, was übrigens ja aus dem ganzen Zusammenhang zu erkennen ist.
Die in Nr. 50 quitierten 600 Mk. „Beleggeld“ sind nicht von der Sektion der Formner, sondern von der Allgemeinen Verwaltungsstelle eingekandt.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Smittgart, Nide-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.
Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Fuzug ist fernzuhalten:
von Dreheren nach Breslau (Maschinenbauanstalt);
von Feingoldschlagern nach Dresden; nach Nürnberg (Christian Schmidt, Obere Mentergasse 12; Adam Singer, Bärenschanzstr.; Jean Hies, Fürtnerstr.; Michael Kleiber, Paradiesstr.); nach Fürth (Ludwig Spiegelberger, Königswarterstr.); nach Stuttgart (Quillen) S.;
von Formner und Eisengießerarbeitern nach Berlin; nach Dessau (M. Weder & Co.) M.; nach Hildesheim (Gebr. Proppe) St.; nach Neu-Müppin;
von Gürtlern nach Berlin St.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin St.; nach Freiberg i. Sachsen S.; nach Groß-Berfel b. Hameln (Hermann & Abbetmeyer); nach Kitzla i. Thür. (Gebr. Thiel) St.;
von Metallschlägern nach Dresden, besonders (G. Sieber in Neutaditz) S.;
von Silberschlägern nach Schwabach (Jarnbacher) D.; (Sturm) St.;
von Schlossbauern nach Heiligenhaus (Karl Kirkmann) St.
(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu weiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Auslieferung; D.: Differenzen; R.: Abrechnung; W.: Mißstände; N.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Aus den Agitationsbezirken.

An die Verwaltungsstellen und Vertrauensleute des Nordwestdeutschen Agitationsbezirks!
Unterzeichnete Kommission teilt hierdurch mit, daß sie sich am 1. Dezember aufgelöst hat. Von nun an sind alle auf Agitation bezügliche Mitteilungen und Wünsche an den Bezirksleiter, Kollegen W. Goltshusen, Hamburg: Gimsbüttel, Nomborgstr. 2, zu richten. Bremen, den 18. Dezember 1903.
Mit kollegialem Gruß
Die Agitationskommission für Nordwestdeutschland.

Korrespondenzen.

Formner.

Halle a. S. Am 13. Dezember beschäftigte sich eine Versammlung der Formner und Giebereiarbeiter mit der Lage dieser Arbeiter, wobei auch in der Diskussion die Explosion in der Halle'schen Maschinenfabrik einer breiten Raum einnahm. Das Referat hatte Kollege Heyne, der Geschäftsführer der hiesigen Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes übernommen. Er legte an sämtlichen Giebereien eine scharfe Kritik an und konstatierte, daß fast überall traurige Zustände herrschen, die sich am schlimmsten bei den Giebereiarbeitern äußern, da die Entlohnung, die Behandlung, die Werkstattverhältnisse überall schlecht seien. Auch die Unfallziffer unter den Metallarbeitern, speziell unter den Giebereiarbeitern sei sehr hoch, wie auch erst vor kurzer Zeit in mehreren Giebereien große, ja, schreckliche Unfälle stattgefunden hätten; so bei Wegelin und Hübner, wo drei Kollegen fast erstickt seien, in der Halle'schen Maschinenfabrik, wo vor einer Woche das grauenvolle Unglück sich zugegetragen habe, so daß ein großer Teil der Betroffenen gestorben ist und die anderen für immer Krüppel bleiben. Und was ist mit schuld daran? Zum größten Teil, daß die Giebereien nicht überall übermenschliche Leistungen vollbracht werden müssen. Wie sieht es mit der Behandlung aus? Die gleiche Antwort: schlecht. Bei der Firma Zimmermann & Co. ist es schon soweit gekommen, daß die Kernmacher als Zugabe für ihre mangelhafte Entlohnung noch Prügel von dem Vorarbeiter Klein erhalten, welcher Fall in voreriger Woche stattgefunden hat. Das sind wirklich ganz schöne Ausblicke für die Giebereiarbeiter, schlechte Entlohnung und die Peitsche nach dem System des Vorarbeiters Klein. Diese traurigen Zustände kann nur eine gute und starke Organisation beseitigen. In der Diskussion wurde das Unglück in der Halle'schen Maschinenfabrik besprochen und dabei festgestellt, daß bei der Untersuchung die Aufsichtsbehörde alles mögliche getan hat, aber einige Arbeiter ausfragen oder ihre Meinung mit zu hören, das hat man nicht getan. Am 10. Dezember, als wieder eine derartige Walze gegossen wurde, sind alle Sicherheitsvorrichtungen angelegt worden, dort, wo die Giebereiarbeiter an dem allmählichen Kran zogen, sind Schutzwände von Eisenblech hingestellt worden, früher gab es dieses nicht. Und wir hätten hören mögen, wenn Giebereiarbeiter dieses früher verlangt hätten, welche Antwort sie erhalten hätten. Über das Verhalten des Vorarbeiters Klein von Zimmermann & Co. sind die Kollegen mit Recht entrüstet. Daß ein Kernmacher, der verschiedene Jahre seine Pflicht getan hat, auch noch Prügel erhält, so etwas ist eine Schmach für die Halle'schen Metallarbeiter. Es wurde von der Versammlung folgende Resolution angenommen: Die Kernmacher- und Giebereiarbeiterversammlung protestiert ganz entschieden gegen das Vorgehen des Vorarbeiters Klein bei der Firma Zimmermann & Co., und erwartet von der Geschäftsleitung, daß sie Reue bezeugt. Weiter verpflichteten sich die Anwesenden, Mann für Mann der gewerkschaftlichen Organisation, speziell dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten, damit derartige entehrende Vorkommnisse aus den Fabriken ferngehalten werden.

Mühlhausen i. Th. (Die Mißstände in den hiesigen Giebereien.) Bei der Firma Schmidt & Krühl treten wieder traurige Verhältnisse zutage. Am 4. Dezember wurde den Formnern folgendes Schriftstück vorgelegt: „Wir Unbedeutend unterzeichnete erklären uns hiermit einverstanden, daß bei etwaigem Ausschluß, möge es sein auf Verschulden oder nicht, die Hälfte des Lohnes abgezogen wird.“ Das sollten die Formner unterzeichnen, dies wurde aber rundweg abgelehnt. Hierauf bekamen die Kollegen Sch. und L. den Bescheid, sofort auszuweichen. Am 5. Dezember ließ die Firma den Meister W. Müller auf das Kontrakt rufen. Dieser überbrachte den Formnern folgenden Bescheid: Sie sollten für 30 Pf. Stundenlohn und für die Procente vom Gusse arbeiten, was nach Ausrechnung des Buchhalters mehr betrage als der bestehende Lohn ausmache. Die Formner lehnten den Vorschlag wieder ab, weil sie darin eine Falle erblickten. Hierauf wurden die beiden erwähnten Kollegen entlassen. Die Triebfeder dieser Manipulation scheinen der Buchhalter namens Dreher, ein früherer Gussprüfer und Giebereiarbeiter, und der Meister W. Müller zu sein. Müller konnte, als er noch als Formner arbeitete, „auch nicht genug bekommen“, und jetzt entfaltet er in der Antreiberei gegen die Kollegen eine großartige Leistung. Diese Zumutungen werden den Formnern durch die Unternehmer nur gemacht, weil sie wissen, daß sie schlecht organisiert sind. Sowohl bei der genannten Firma als in der Thüringia-Gieberei, wo auch Mißstände herrschen, ist es nicht möglich, Verbesserungen anzustreben, weil sich kein Kollege sehen läßt und fast keiner organisiert ist. Wohl aber haben sie Geld übrig zu allem Klimbim, zu Tanzfränzchen und Hurravereinen. In der Thüringia herrscht hauptsächlich die Schwärze, denn erst in vorgangemem Sommer wurde der Kollege H. durch Schwarzer verdrängt und darauf gemahnt. Dieses hat die der Nachkollege A. Müller fertiggebracht. Auf den Buchhalter Dreher zurückzuführen, wird bemerkt: Man sucht nie bei anderen, was man nicht selbst gemacht hat. Als er feinerzeit bei der Firma Sch. vade in Erfurt als Plattenformner arbeitete, schrieb er auf der Arbeitstafel immer mehr an als tatsächlich angerechnet war. Mühen nimmt es kein Wunder, daß er schon in der Thüringia-Gieberei wie jetzt bei Schmidt & Krühl es sich zur Gewohnheit gemacht hat, nach den Gießtagen den Bruchhaufen zu durchsuchen, ob nicht einer ein Stückchen mehr angeben hat als er gemacht hat. Dadurch glaubt er den Angeber am besten machen zu können, damit er in den Augen der Fabrikanten als ein tüchtiger Beamter gilt. Wir rufen den Formnern und Giebereiarbeitern und sämtlichen Metallarbeitern zu, sich doch zu ermannen und zu organisieren, damit wir endlich Front gegen solche Machinationen machen können.

Klempner.

Braunschweig. Die Sektion der Klempner hielt am 3. Dezember eine außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Nachdem die Neuwahl der Ortsverwaltung erledigt war, wurde das unkollegiale Verhalten der Kollegen Groppe und Bremcke einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde beschlossen, den Ausschluß der beiden beim Vorstand zu beantragen; vorher soll sich jedoch ein Schiedsgericht mit der Sache befassen. Sodann kam die Entlassung eines Kollegen in der Blechemballagenfabrik von Bremer & Brückmann zur Sprache. Ob ist diese Firma wegen ihrer Humanität gepriesen worden. Wie diese Humanität in Wirklichkeit aussieht, lehrt folgender Fall. Einem Kollegen, der bereits dreizehn Jahre im Betrieb beschäftigt war, wurde gekündigt, obwohl er ein tüchtiger Arbeiter ist und sich nichts hat zu schulden kommen lassen. Man erklärte ihm, er solle sich um andere Stellung bemühen, so lange er aber keine andere Arbeit hätte, wolle man ihn nicht brotlos machen. Der Betroffene verzichtete aber auf dieses freundliche Entgegenkommen und ging gleich. Der Grund dieser Mißhandlung wurde ihm nicht angegeben, man erklärte, man hätte nicht nötig, den Grund der Kündigung zu sagen. Es wurde deshalb eine Versammlung einberufen, die sich mit der Sache beschäftigte. Der Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes, Kollege Hammerstein, gab Bericht über die bei der Firma ge-

machte Vorstellung. Er bemerkte, nach langen Hin- und Herreden erklärten die Herren Brückmann auf die Frage, warum jener Kollege entlassen werden sollte, es hätte eine Unmoralität gegen ihn bestanden, den Grund hätten sie nicht nötig zu sagen. In weiteren erklärte man, es sei höchst sonderbar, daß sich der Verband der Sache annehme. Das Recht, Arbeiter zu entlassen, stünde doch lediglich ihnen zu, im übrigen kümmern sich der Verband ja auch nicht darum, wenn ein langjährig Beschäftigter von selbst aufhöre. Das ist eine sehr laue Ausrede. Man wußte faktisch weiter nichts anzuführen als: Man wies darauf hin, daß man jährlich 600 Mk. für einen invaliden Arbeiter aus der Privatgasse leiste. Hier muß zunächst darauf erwidert werden: Wenn sich ein Arbeiter verbessern kann, so wird es ihm niemand verargen können, denn jeder hat das Recht, seine Arbeitskraft so teuer als möglich zu verkaufen. In dem Betrieb werden im Sommer viele Überstunden gemacht, wofür es keine Extravergütung gibt. Auf diese Weise kann man billig den Wohlthäter spielen. Die Versammlung steht auf dem Standpunkt, daß der Entlassene das Opfer einer Maßregelung geworden ist. Der Verband steht hinter dem Genarrregellen. Daß Herr Brückmann mit dem Entlassenen sehr zufrieden war, erhellt man daraus, daß er ihm ein glänzendes Zeugnis ausgestellt hat. Der Meister Wolf trägt auch mit Schuld an der Maßregelung des Kollegen. Die Humanität des Herrn Brückmann müssen wir näher betrachten. Herr Brückmann ist ein sehr frommer Mann, er besucht jeden Sonntag die Kirche, zugleich ist er Stadtvorordneter. Auch der Meister Herr Wolf besucht regelmäßig die Kirche, er ist ein Baptiste. Die beiden Herren beten in der Kirche: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ Wie sich das mit der Maßregelung verträgt, vermögen wir nicht zu entscheiden. Unwillkürlich muß man dann aber fragen: Warum ist der Kollege nicht im Sommer entlassen worden, wo er noch Arbeit erhalten hätte? Ja, da liegt der Hase im Pfeffer! Im Sommer war es sehr eilig mit der Arbeit, es werden viele Dosen gebraucht für die Konservefabriken, da konnte man den jetzt Entlassenen nicht entbehren. Nun aber hat der Kollege seine Schuldigkeit getan, nun kann er gehen. Dreizehn Jahre hat man ihn ausgenutzt, nun ist's genug. So steht es aus mit der gesicherten Existenz der Arbeiter. Jetzt, im Winter, bei der Kälte, wo man keinen Hund hinausjagt, wirft man den Kollegen aufs Straßengeländer. Das ist Ihre christliche Nächstenliebe, Herr Brückmann! Leider muß konstatiert werden, daß noch nicht alle Arbeiter bei Brückmann organisiert sind. Wir appellieren an diese, ihre Gleichgültigkeit abzuschütteln und sich der Organisation anzuschließen. Ihr Klimbimvereine und andere Vergnügungen ist Geld da, für den Verband nicht. Sind wir einig, so können wir Herrn Brückmann später die Danksagung dafür ausstellen. Hieraus ist aber wieder zu ersehen, daß, wenn die dortigen Arbeiter alle organisiert wären, die Organisation imlande wäre, Reue über zu schaffen. Öffentlich ziehen nun die Brückmannschen Arbeiter aus diesem Vorfall die nötigen Konsequenzen und schließen sich alle dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an, der dazu berufen ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern und solche Vorwände durch die Macht der Organisation zu verhüten. Über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse später. Ferner sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß es Pflicht eines jeden organisierten Metallarbeiters ist, auf den Braunschweiger Volksfreund zu abonnieren, der jederzeit voll und ganz die Interessen der Arbeiter vertritt. Die unparteiliche und sonstige kapitalistische Presse nimmt wohl das Geld des Arbeiters, tritt aber sonst seine Interessen mit Füßen, sie wahr nur die Interessen des Geldsacks.

Metallarbeiter.

Augsburg. Die Entwicklung der Verwaltungsstelle Augsburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ging in früheren Jahren außerordentlich langsam vor sich, da die hiesigen Unternehmer alles aufboten, um jedem, der einen Vertrauensposten innehatte, die Existenz unangenehm zu machen. Seit Anstellung eines eigenartigen Beamten ist nun diesem Terrorismus Halt geboten und wir machen von Monat zu Monat Fortschritte. Die Mitgliedszahl betrug vor vier Jahren 230 Mann. Am 1. Januar 1903 waren es 799 und am 1. Dezember 900 Mitglieder, also eine Zunahme im laufenden Jahre von 160 Mitgliedern. Bemerkenswert ist auch, daß jetzt die Maßregelungen bedeutend nachgelassen und daß wir in einzelnen kleineren Betrieben in diesem Jahre nennenswerte Erfolge zu verzeichnen haben. So unter anderem eine Lohnhöhung in einer Gieberei von durchschnittlich sieben Prozent. Auch haben wir bis zu einem bestimmten Grade in größeren Betrieben Einfluß und sind auch hier verschiedene Verbesserungen hintangeschaltet worden. Der Boden in Augsburg ist eben wegen der riesigen Stiftungen, die die Stadt besitzt (es sind dies zurzeit etwa 18 Millionen Mark) außerordentlich schwer zu bearbeiten. Dazu kommen noch die in seinen Gärten in den meisten Betrieben vorhandenen sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen, die weiter nichts sind als Bettelstuppenanstalten, dazu geeignet, die Arbeiter in Abhängigkeit und Unwissenheit zu erhalten. Die Augsburger Unternehmer verfügen außerdem noch über sehr viel Geld und die Herren sind besten organisiert. Wir nehmen allerdings an, daß wir auch in nächster Zeit noch weitere Fortschritte machen. Neben unserer Organisation besteht leider noch ein ganzer Haufen von Aech-Organisationen, die richtig nur „Unternehmerchutztruppe“ zu nennen sind. Die Mitgliedszahl der verschiedenen katholischen und evangelischen Arbeitervereine ist nicht bekannt, es wird da auch alles zwei- oder gar dreimal gezählt. Organisationsfähige Arbeiter und Arbeiterinnen für unsere Organisation gibt es in Augsburg und Umgebung circa 4500, davon sind 950 beim Deutschen Metallarbeiter-Verband, 800 bei den Gewerksvereinen und circa 150 bei den Christlichen. Wir haben also noch ein großes Feld zu bearbeiten. Die Zeit der besseren Einigkeit dämmert und wir werden sie entsprechend ausnützen. Die wirtschaftliche Lage ist zurzeit gegenüber dem Vorjahr nicht ungünstig. Viele Arbeiter sind sogar gezwungen Überstunden zu machen, während eine etwa gleich große Zahl verdrängt arbeitet. Die Arbeitsgelegenheit in der Metallindustrie im ganzen ist als nicht ungünstig zu bezeichnen. Unsere Organisation hat zurzeit im Durchschnitt 20 Arbeitslose, das ist zwei Prozent der gesamten Mitgliedszahl.

Dresden. Eine unserer traurigsten Werksstätten der Bronzeindustrie war die von Karl Meißner, Feldschloßchenstraße. Schon vor mehr als zehn Jahren waren dort Zustände, die jeder Beschreibung spotteten. Fortwährende Abfälle waren mit der Hauptarbeit in der Fabrik. Natürlich gleich die Werkstatt einem Taubenschlag. Schon vor sechs Jahren machten die Arbeiter dort einen Versuch, einen festen Akkordtarif zu erlangen. Herr Meißner versprach auch, einen solchen auszuarbeiten, aber da die Gewerkschaftsorganisation noch schwach war, so gelang es nicht, den genügenden Druck auszuüben, Herrn Meißner zur Erfüllung des Versprechens zu veranlassen. In letzter Zeit wurden die Verhältnisse dort so traurig, daß Gürtler nur 6 Mk. pro Woche verdienten. Die Aufregung unter den Arbeitern war groß. Da Herr Meißner nicht genügend Arbeiter bekam, machte er den Versuch, das Ausfeilen durch Hausarbeit machen zu lassen. Er annonierte in der bürgerlichen Presse um Hausarbeiter. Also vor keinem Mittel schreckte der Herr zurück. Das hatte aber bei den Bronzearbeitern Sturm hervorgerufen. In einer Großfabrik wie Dresden, auch noch bei der Branche, die Hausarbeit einzuführen, das war zu viel. In letzter Zeit hatten die Arbeiter von Meißner sich etwas mehr um die Gewerkschaftsorganisation gekümmert, und es wurde beschlossen, einen Tarif mit einer Akkordtabelle vorzubereiten. Gegen 3000 Positionen hatte die Tabelle, die der Firma Anfangs Dezember, als das Geschäft gut ging, vorgelegt wurde. Nachdem alle Positionen durchgearbeitet und ein Preiszuschlag bei einem großen Teile der Arbeiten von 10 bis 30 Prozent ermöglicht worden war, wurde am 11. Dezember folgender Tarif abgeschlossen: Tarifvereinbarung. Zwischen der Firma Karl Meißner, Bronzewarenfabrik, Dresden, und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, vertreten durch den Bevollmächtigten des Verbandes von Dresden als Vertreter der Arbeiter der Firma, sind folgende Vereinbarungen abgeschlossen worden: 1. Alle Arbeiter, welche in Akkord arbeiten, werden nach dem am heutigen Tage vereinbarten Akkordtarif bezahlt. Derselbe muß in jeder Abteilung sichtbar ausgehängen. 2. Andere Vereinbarungen bei neuen Arbeiten

werden gemeinsam mit einem nach den gesetzlichen Bestimmungen gewählten und von der Firma anerkannten Arbeiterausschuss festgestellt. 3. Kommt eine Einigung nicht zustande, so ist ein Einigungsverfahren vor dem Gewerbegericht einzuleiten. 4. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden. 5. Die Arbeitszeit dauert von früh 7 bis 12 Uhr mittags und von 1 bis 6 Uhr nachmittags, bei 1/4 Stunde Frühstücks- und 1/4 Stunde Vesperpause. 6. Überstunden dürfen nur im Notfall gemacht werden und bezahlt die Firma pro Stunde 10 Pf. Zuschlag zum Verdienst. Alles Übrige nach 6 Uhr abends gilt als Überstunden. Überstunden dürfen nur nach Vereinbarung mit dem Arbeiterausschuss gemacht werden. 7. Vorstehender Tarif hat seine Gültigkeit bis 1. September 1905 und tritt mit dem Tage der Unterschrift in Kraft. 8. Die Kündigung des Vertrags hat mindestens vier Wochen vor Ablauf zu erfolgen, andernfalls verlängert sich derselbe stets um ein Jahr. 9. Maßregelungen wegen der Differenzen dürfen nicht vorgenommen werden. 10. Vorstehende Vereinbarungen erkennen durch Unterschrift an: Dresden, den 11. Dezember 1903. Karl Meißner, Bronzewarenfabrikant, J. Hoffmann, Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Dresden. — Hieraus werden die Arbeiter ersucht, daß auch ohne Streik etwas erzielt werden kann, wenn eine feste Organisation vorhanden ist. Wer die Werkstatt von Meißner kennt, wird das als einen großen Fortschritt betrachten. Offenlich bleiben die Arbeiter der Firma konsequent, damit sie jederzeit andere Maßnahmen energisch abwehren können.

Gaggenau. Die hiesige Verwaltungsstelle, die am 1. Juli dieses Jahres neu gegründet wurde, macht gute Fortschritte. Da wir hier immer mehr Verständnis für unsere Sache finden, so wird die Zahl der Mitglieder das erste Hundert wohl bald erreicht haben. Auch die neue Bibliothek wird sehr in Anspruch genommen. In der am 5. Dezember abgehaltenen gut besuchten Mitgliederversammlung hielt Kollege Maßbach aus Stuttgart einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation für die Hebung der Lebenslage der Arbeiterklasse“. Zum Schlusse ermahnte Redner die Mitglieder, durch eifrige Agitation immer neue Kämpfer für unsere Sache zu werben, damit wir auf Grund einer starken Organisation unsere Lage verbessern können. — Auf Antrag aus der Versammlung wurde die bisherige Ortsverwaltung per Klammation einstimmig wiedergewählt.

Karlruhe. In der hiesigen Metallindustrie macht sich eine recht lebhaft aufsteigende Geschäftskonjunktur bemerkbar. Die Krise scheint vollständig überwunden zu sein. In allen Betrieben wird wieder voll gearbeitet, das Arbeiterpersonal wurde bedeutend vermehrt. In einzelnen Betrieben wird schon wieder mit Überstunden und Nachschichten gearbeitet. Die Maschinenbaugesellschaft hat durch Erstellung einer neuen Fabrik ihren Betrieb bedeutend erweitert, ebenso die Nähmaschinenfabrik von Geid & Neu. Die Zeit würde somit für die Karlruher Metallarbeiter gekommen, wo sie eine Verbesserung ihrer Lage denken könnten und müßten, um so mehr, weil gerade hier die Arbeiter unter der schlechten Konjunktur sehr schwer zu leiden hatten. Arbeitslosigkeit im großen Umfang, Maßregelungen, schändliche Behandlung und Lohnreduzierungen bis zu 50 Prozent, verbunden mit erheblich verletzter Arbeitszeit, das war das Los der Arbeiter in den letzten drei Jahren. Bei den Unternehmern hat sich die Krise weniger bemerkbar gemacht. Keine einzige Fabrik hat in den letzten drei Jahren mit Unterbilanz gearbeitet. Sechs, zehn und dreizehn Prozent Dividende konnte man auf Kosten der Arbeiter trotz der schlechten Zeit an die Aktionäre verteilen; immer noch ein brillantes Geschäft. In den Kreisen der hiesigen organisierten Kollegen hat man sich mit dem Gedanken getragen, bei Eintritt in die bessere Geschäftskonjunktur in eine Bewegung zugunsten des Neunhunderttags einzutreten, denn der Beweis war ja erbracht, daß die Unternehmer auch bei einer verletzten Arbeitszeit auf ihre Rechnung gekommen sind. Aber leider ist hier im allgemeinen an eine derartige Bewegung nicht zu denken, denn das Gros der hiesigen Metallarbeiter scheint auch aus dem Niedergang der letzten Jahre nichts gelernt zu haben. Genau so stillschweigend, wie sie während der schlechten Zeit alle Maßnahmen der Unternehmer ertragen haben, ebenso willenlos machen sie jetzt die verlangten Überstunden und Nachschichten. Nur in einigen Fabriken regen sich die Arbeiter. In der Geigerschen Fabrik ist es gelungen, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden täglich einzuführen. In der Werkzeugmaschinenfabrik von G. Kühn in Ettlingen haben die Kollegen erreicht, daß wenigstens die in der Arbeitserordnung vorgesehene zehnstündige Arbeitszeit eingehalten wird. Zurzeit befinden sich die Arbeiter der Nähmaschinenfabrik von Geid & Neu in der Bewegung, um ebenfalls die Einhaltung der üblichen zehnstündigen Arbeitszeit zu bewirken. Diese Bewegung hatte bereits den Erfolg, daß die Nachschichten an den Samstagen an den übrigen Wochentagen die Überstunden abschaffen. Die Kollegen werden jedoch gut tun, auf dem Posten zu bleiben. In der Fabrik für elektrische Industrie wird an jedem Samstag nachts nachgearbeitet. Hier sind 350 Arbeiter beschäftigt, wovon etwa 20 organisierte, die selbstverständlich unter der Nacharbeit sehr zu leiden haben. Auch hier wird die Ortsverwaltung in nächster Zeit versuchen, Abhilfe zu schaffen. In den anderen Fabriken sieht es nicht besser aus. Überall könnte sehr viel verbessert werden, wenn nur die große Anzahl der hiesigen Metallarbeiter die Wichtigkeit der Organisation anerkennen wollten. An Agitation hat es in den letzten Jahren nicht gefehlt. Für alle Fabriken wurden besondere Versammlungen abgehalten, die zum Teil auch von Erfolg waren. In vielen Hunderten sind die Kollegen in den Verband eingetreten, leider sind jedoch sehr viele wieder ausgefallen und manchmal wegen der geringsten Kleinigkeit. Man hat hier auch die Erfahrung machen müssen, daß es verhältnismäßig sehr leicht ist, Mitglieder zu gewinnen, aber sehr schwer, sie zu erhalten. Auf die Erhaltung von einmal gewonnenen Mitglieder hat die hiesige Ortsverwaltung in letzten halben Jahre ihre ganze Tätigkeit konzentriert. Die Arbeitslosenunterstützung wurde nun zwei Mark wöchentlich erhöht und die Sterbunterstützung eingeführt. Vom 1. Januar an soll auch eine Krankunterstützung in Kraft treten, jedoch nur dann, wenn wenigstens 100 Kollegen ihren Beitritt erklärt haben. Da 216 Kollegen für die Einführung einer derartigen Einrichtung waren, so darf man hoffen, daß sie auch am 1. Januar in Kraft treten kann. Der Ausbau unserer Unterstützungsanstalten mag gewiß sehr viel zur Erhaltung der Mitglieder beitragen, allein das genügt noch nicht. Mit demselben muß der Ausbau des Vertrauensmänner- und die Erziehung der Mitglieder Hand in Hand gehen. Diese letzten beiden Punkte dürfen uns auf unserer jährlichen Generalversammlung Gelegenheit zu einer gründlichen Beratung geben. Wir haben, um allen Kollegen, auch denen, die auswärts wohnen, Gelegenheit zu geben, an derselben teilzunehmen, diese Versammlung auf Sonntag den 10. Januar, nachmittags 2 Uhr, in den Röhrlischen Saal einzuberufen und wollen hoffen, daß sich dort alle Mitglieder einfinden, um mitzuarbeiten an den Ausbau und der Erweiterung unserer hiesigen Zahlstelle, denn nur durch eifernen Fleiß und Ausdauer können wir den hier herrschenden Individualismus beseitigen, nur durch einmütiges Zusammenarbeiten aller vorhandenen Kräfte können wir es erreichen, daß hier in Karlsruhe, wo einst die ersten Pioniere der Arbeiterbewegung gelebt und gekämpft haben, die Zahl der organisierten Metallarbeiter so groß wird, daß wir ein entscheidendes Wort bei Festlegung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen mitreden können.

Osnabrück a. N. Die am Montag den 7. Dezember in Saalbau abgehaltene Gewerbeversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle war erfreulicherweise etwas besser besucht als die Mehrzahl der Mitgliederversammlungen in letzter Zeit. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der Beschluß gefaßt, den freitäglichen Leiharbeiter in Grimmitzschau 100 Pf. zu überweisen. Auch dem Beschluß des Bevollmächtigten fanden im abgelaufenen Geschäftsjahr 20 Mitgliederversammlungen, eine außerordentliche und eine ordentliche Gewerbeversammlung statt. In 16 Mitgliederversammlungen wurden Vorträge gehalten. Die Ortsverwaltung erledigte ihre Arbeiten in 21 Besprechungen. Die Agitation unter den Arbeitern in der Metallindustrie Osnabrücks wurde betrieben in 10 Besprechungs-

männerversammlungen und 84 Werkstattversammlungen. 6 Branchenversammlungen fanden zu dem gleichen Zwecke statt und zwar 2 Spengler-, 2 Formier- und 2 Feilenhauerversammlungen. Die Verwaltungsstelle arrangierte am 4. Januar eine Weihnachtsfeier und am 27. September besuchte sie das städtische Wasserwerk, einen Besuch der Dörschbacher Kollegen damit verbindend. Nachdem über diesen Bericht eine eingehende Debatte stattgefunden, in der die Redner fast ohne Ausnahme ihre Zufriedenheit über die Arbeit der Ortsverwaltung Ausdruck gegeben, wurde zur Neuwahl geschritten. Aus derselben gingen als gewählt hervor: Ernst Marterkeig, 1. Bevollmächtigter; Franz Besser, 2. Bevollmächtigter; Johann Kappel, 1. Kaffier; Heinrich West, 2. Kaffier; Mich. Mühl, Georg Gagedorn, Georg Frank, Revisionen. Bei den verschiedenen Wahlgängen wurden durchschnittlich 140 Stimmen abgegeben. Nachdem noch einige Einzelheiten, betreffend das Wintervergügen am Samstag den 16. Januar, erledigt waren, wurde die Versammlung mit der Aufforderung, in Zukunft die Mitgliederversammlungen ebenso zahlreich zu besuchen, geschlossen.

Ruhla. Nach sechzehnwochentlich Dauer haben die Uhrmacher der Firma Gebhardt Thiel den Streik abgebrochen, ohne daß Ziel, die Wiedereinstellung der am 25. Juli entlassenen Arbeiter, erreicht zu haben. Der Sieg ist also auf Seite der Unternehmer geblieben oder besser gesagt: Die Unkollegialität, der Knechtsinn weiter Arbeiterfreise hat wieder einmal alle Aufopferung und Mühe zur Herbeiführung geordneter Zustände im Betrieb illusorisch gemacht. Ob freilich die Firma dieses Sieges recht froh werden wird, ist eine andere Frage. Unheimlich genug mag es ja nun in den Arbeitsstätten, die sich langsam wieder zu füllen beginnen, anzu sehen, speziell den Herren Streikbrechern dürfte allmählich die Erkenntnis ihrer eigenen Torheit aufdämmern. Zu welchen Unsinnigkeiten das böse Gewissen diese Herren Kollegen verleitet, illustriert der Arbeitswillige Mitkrieger. Der gute Mann kommt auf den närrischen Einfall, eine Petition unter den im Betrieb verbliebenen Leuten zirkulieren zu lassen des Inhaltes, die Firma zu ersuchen, doch den Organisierten die Wiedereinstellung zu verweigern oder erst ihren Austritt aus dem Verband zu fordern. Weit kam diese Petition allerdings nicht, in irgend einem Saale war sie plötzlich spurlos verschwunden. Hoffentlich hat das arme Papier den geeigneten Begräbnisort gefunden. Nach dieser verunglückten Heldtat des Herrn Mitkrieger konnte jedenfalls das Betriebsdirektorium nicht mehr ruhig schlafen und legte nun selbst Reverse allbekanntes Inhaltes den wieder aufgenommenen zur Unterzeichnung vor. „Wir haben gegen die Zugehörigkeit unserer Arbeiter zu ihren Organisationen nichts einzuwenden, es ist das ihr gesetzliches Recht“ — erklärten die Herren Direktoren den mit ihnen verhandelnden Arbeiterkommissionen in Gegenwart des Kollegen Bock nicht einmal, sondern so oft, daß wir bei jeder neuen Versicherung nur immer ungläubiger wurden. Wir haben Recht behalten. Herr Direktor Heinrich Thiel legte den Leuten, denen er den Nevers zum Austritt aus der Organisation unterbreitete, ans Herz, nicht etwa heimlich im Verband zu bleiben, sondern ehrlich und redlich zu halten, was sie unterzeichnen. Das eigene gute Beispiel ist immer das beste Erziehungsbeispiel, und wir sind wahrlich unschuldig daran, wenn die Arbeiter der Firma im Versprechen und Halten den Herren Direktoren nachzueifern bestrebt sind. — Die Einstellung der Zuständigen im Thielischen Stadtsystem geht recht langsam von statten, in anderen Betrieben am Orte ist es der allgemeinen Geschäftslage wegen ungemein schwer, in Stellung zu kommen. Als ein wahrer Fluch erweist sich namentlich die hier so stark verbreitete Heimarbeit, besonders zur Zeit einer Krise, in welchem Zustand die hiesige Metallwarenindustrie sich noch immer befindet. Nicht selten kommt es vor, daß Leute im Betrieb oft stundenlang die Arbeit unterbrechen müssen. Aberns jedoch in der Behauptung geht das Schützen dann mit Frau und Kind los. Besonders in der Freizeitschöpfung herrschen Zustände, die es wert wären, öffentlich angestellt zu werden. Wie gewöhnlich muß man jedoch auch hier die Erfahrung machen, daß die am tiefsten gedrückten Arbeiterkategorien am schwersten zu organisieren sind. Würden die Arbeiter diesem Mordbegriff nur einmal ernstlich zu Leibe rücken, mit dem Um-Arbeit-beteln-gehen wär's dann vorbei. Ganz besonders die weiblichen Arbeitskräfte hängen mit Zähigkeit „am Dinger machen“, wie man sich hier ausdrückt. Von der Schule auf an Industriebetrieb gewöhnt, leistet auch die spätere Mutter und Hausfrau viel lieber Industriebetrieb als die ihr so viel näher liegenden häuslichen Verrichtungen. Hier muß die Aufrührung mit ganzer Energie einsetzen. Bei einer Einwohnerzahl von circa 8000 gibt es mehr denn 500 weibliche Arbeitskräfte in den Betrieben, für die Arbeiter eine juchbare Konkurrenz. In letzter Zeit haben zwar eine Anzahl Betriebe kürzere Arbeitszeiten, von 11 auf 9 1/2 Stunden, unter Beibehaltung der Frühstücks- und Vesperpausen eingeführt, jedoch macht sich in allen Betrieben, in denen die Produkte es erlauben, das Bestreben geltend, die Heimarbeit auszubehnen. So auch bei der Firma Thiel. Die nächste Aufgabe der Kollegen wird es sein müssen, hier einmal völlige Klarheit durch Erhebungen zu schaffen. Eine gewaltige Arbeit, aber sie muß gemacht werden. Und daß sie gemacht wird, dafür bürgt der Geist, der unsere junge Organisation am Orte bejeckt — trotz der erlittenen Niederlage oder erst recht wegen dieser.

Stendal. Die Arbeitsverhältnisse der Hauptstadt der Altmark sind es auch „weil“, einmal die ihnen gebührende Beleuchtung zu erhalten. Die Metallarbeiter sind auch hier nicht auf Rosen gebettet und haben deshalb alle Veranlassung, sich bald energisch aufzuraffen, wenn sie nicht ganz der Verjüngung anheimfallen wollen. In der Eisenmöbelfabrik des Kommerzienrats Arnold werden jetzt schon wieder Vorbereitungen zur Besetzung der Arbeiter am Weihnachtsabend gemacht, der Fabrikangehörigen gibt sich alle Mühe, das Fest der Liebe durch seine Lieder zu verschönern und das gute Einvernehmen zwischen Unternehmer und Arbeiter wieder auf ein Jahr zu proklamieren. Aber alle diese Gefänge und alle die schönen Reden werden wieder verfliegen beim Eintritt der rauhen Wirklichkeit nach dem „Fest“. Dann hat sich das „Friede auf Erden“ in graue Nebel aufgelöst. Und weil es so ist, darum hat auch der Herr Kommerzienrat alle Ursache, darüber zu wachen, daß ja kein Fecht in diesen friedlichen Kampftage gelangen kann, diese Harmonie zu stören. Sägt sich einmal ein Kollege in den Metallarbeiter-Verband auf, nehmen und es wird ruckbar, dann wird sofort das Spioniertor auf in Zügel gefaßt; der betreffende Kollege muß bei Strafe der Hungerpeinliche den Verband wieder verlassen. Warum hat nun das Bestreben des Deutschen Metallarbeiter-Verband zu fürchten? Weil sich die organisierten Kollegen nicht mit 8, 10 und 12 Mark die Woche abfinden lassen und weil dann die Arbeiter nicht durch Überwinden so ansgetrieben werden können wie bisher. Dießem Eldorado zur Seite stellt sich die Holzwarenfabrik von F. W. Ziele, die in punkto Ausnutzung menschlicher Arbeitskraft vielen ihrer Konkurrenten weit vor ist, trotz der schonigen Handlungsweise einiger Nachkollegen, die nur darauf bedacht sind, die organisierten Kollegen zu verkleinern und zu zerlegen. Diese Firma beschäftigt 6 Schlosser, 4 Dreher und 12 Lehrlinge, letztere ohne jede Entschädigung. Die Schöne Scheidepunkt zwischen 28 bis 35 Pf. die Stunde. Die Beanspruchung der Leute macht einer Anzahl für Arbeitslose alle Ehre. Verjüngung menschlicher Arbeitskraft und ist auf lange Zeit „verschunden“, so wird gleich nachgehakt und nach der Uhr gesehen. Die Rauchvorrichtungen befinden sich im Projektstadium, dazu noch Petroleum- und Leinwand. Am Schlußstein an der Schmirgelmaschine gibt's keine Beleuchtung, weshalb die Arbeiter bei Eintritt der Dunkelheit in Peter Gefahr schweben. Verschiedene schwere Kriemen haben keine Feingvorrichtung, obwohl die Arbeiter darunter arbeiten müssen. Die Werkzeuge sind mangelhaft und ungenügend, weshalb auch mangelhafte Arbeit geleistet wird. Kurz, die Sparlichkeit dieser Firma geht sogar soweit, daß sie die Arbeiter zur Kramkassette 4 bis 6 Wochen später anmeldet. Dieß Zustand können aber mit Zeitigkeit abgeändert werden, wenn die übrigen dort noch arbeitenden Kollegen sich organisieren wollten. Darum, ihr Metallarbeiter Stendals, zieht in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, verzückt die Reihe auch für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Bräder, beweist, daß auch ihr gewillt seid, teilzunehmen an den Kämpfen und Erwerbungen der Metallarbeiter-Deutschlands.

Torgelow. Nachdem im Jahre 1899 durch Vereinbarungen vor dem Gewerbegericht in Ufermünde der Streik, der damals bei der Firma P. L. Sauer wegen der Forderung einer geringeren Lohn-erhöhung entstanden, beigelegt war, indem eine kleine Lohnzulage und auch die Anerkennung der Organisation erreicht wurde, glaubten die meisten Torgelower Metallarbeiter, daß die Organisation keinen Zweck mehr für sie habe. Sie kehrten dem Verband mit Ausnahme einer kleinen Zahl Kollegen den Rücken und gaben somit den Fabrikanten die Macht in die Hände, die diese auch im größten Maße während der Krise ausnützten. Es wurde nicht nur die Lohnzulage wieder abgezogen, sondern die Löhne wurden gedrückt, so daß sie heute erbärmlicher sind wie vor 1899. Aber nicht nur Abzüge wurden gemacht, auch die Behandlung wurde schlechter. Die Herren Meister, die 1899 noch ihr Streikgeld nahmen und mit ihren Mitarbeitern für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintraten, vergaßen sich mit dem Herrn Buchhalter soweit, daß sie die Prügelstrafe als das geeignete Mittel zum Kitzeln der Arbeiter anwandten. So kam es in letzter Zeit bei P. L. Sauer viermal vor, daß sich die Meister in der Fabrik mit den Arbeitern schlugen. Bei einem Falle sprang ein Kollege hinzu, um Meister und Arbeiter auseinander zu halten. Die Folge war Kündigung. Als der betreffende Arbeiter bemerkte, er habe doch nur Schlingen wollen, erklärten die Fabrikanten: „Ordnung muß sein, die Kündigungs bleibt bestehen.“ Diese Zustände sind wohl auch der Grund, daß sich die Arbeiter wieder der Organisation erinnern und ihr wieder beitreten. Aber kaum geschieht dies, so sind auch die Unternehmer wieder dabei, den Arbeitern das Koalitionsrecht illusorisch zu machen, trotzdem sie sich im Jahre 1899 unterschrieben verpflichteten, den Arbeitern wegen der Zugehörigkeit zum Deutschen Metallarbeiter-Verband nichts in den Weg zu legen. Aber fürs Gewesene gibt der Jude nichts, denken die Inhaber der Firma P. L. Sauer und klüßigen frisch drauflos. Da sich in dem Betrieb Individuen befinden, die verraten, daß der und der Vertrauensmann ist, so werden diese Verräteren so schnell wie möglich gefündigt. Die Herren sollten aber bedenken, daß eventuell die Metallarbeiter zur Einsicht kommen könnten und sich die bessere Geschäftskonjunktur ebenso zunutze machen wie die Herren Unternehmer sich die schlechte Konjunktur ausnützten zur besseren Ausbeutung der Arbeiter. Die Arbeiter sollten sich aber durch nichts einschüchtern lassen. Pflicht eines jeden ist es, dafür zu sorgen, daß alle organisiert werden. Dann werden wir derartigen Vorkommnissen entgegentreten können. Auch die Gewerbevereine sollten sich nicht nützlich beiseite stellen, sondern ebenfalls für Verbesserung der haarträubenden Verhältnisse eintreten. Mit Harmonie wird bei den hiesigen Unternehmern nichts erreicht. Erbarmungslos werden Leute, die zehn und noch mehr Jahre in einem Betrieb beschäftigt gewesen sind, aufs Pflaster geworfen, wenn nichts mehr für das Kapital aus ihnen herauszuschlagen ist. Erbarmungslos wird auch das Gewerbevereinsmitglied, und wenn es seinerzeit im Jahre 1897 beim Streite auch noch so hilfsbereit für die Unternehmer tätig war, verprügelt, wie jeder gewöhnliche sterbliche Verbändler. Also, auf zur Einigkeit, auf zur Organisation.

Wetzlar. In einer zahlreich besuchten öffentlichen Gewerkschaftsversammlung im Wetzlarischen Lokal zu Weisbach referierte kürzlich Kollege Cohen vom Metallarbeiter-Verband in Berlin über „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage“. Redner betonte, daß wir einer aufsteigenden Konjunktur entgegengehen und daß die Arbeiterschaft versuchen müßte, bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen. Vor allem dürften sich die Arbeiter nicht durch politische und religiöse Zerplitterungsversuche auseinander bringen lassen. Gegner meldeten sich nicht zum Worte. Im Schlußwort erklärte Cohen die Gegenüberstellung der Leistungen des Hirsch-Dunckerischen Gewerbevereins (Maschinenbau) und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Wetzlarer Gewerbevereinsrat für schwindelnd, der Verfasser scheint absichtlich das alte Statut des Metallarbeiter-Verbandes als Material benutzt zu haben. Die Vertung des Hirsch-Dunckerischen Gewerbevereins treibe konfessionierten Streibuch, das beweise die Arbeitgeber-Zeitung, worin erklärt wird, daß der Arbeitsnachweis der „Hirsch“ beim Streite der Arbeiter von Weisbach in Berlin die Firma aus der Patsche geholfen habe. Der Zweck der Schreibweise des Märkischen Volksblattes sei aber durchsichtig; man treibe absichtlich einen Keil zwischen die Arbeiter, um sich beim Unternehmern lieb Kind zu machen. Einzufragen wollen wir noch, daß das Märkische Volksblatt eine jahreslängliche Gründung der Hirsch ist, die nebenbei sich bemüht, durch unlautere Mittel der Märkischen Volksstimme Konkurrenz zu machen — ein Bestreben, das bisher das entgegengesetzte Resultat zeitigte. Inzwischen haben unsere Genossen und die freien Gewerkschaften in Wetzlar, wo die Gewerbevereine noch weitaus in der Mehrheit sind, einen schweren Stand.

Nadelarbeiter.

Nachen. Eine schöne Weihnachtsbescherung kündigte die Firma Rumpen, Nadelfabrik, ihren Arbeiterinnen in Gestalt einer prächtig-prozentigen Lohnzulage an. Die Firma Rumpen hat seit ihrer Gründung in unserem ganzen Bezirke die niedrigsten Löhne bezahlt. Besonders verstand sie, durch Verrechnung nach Pack- statt Stückzahl die Arbeiterinnen zu benachteiligen. Die Fabrik produziert meistens minderwertige Stapelwaren. Schon bei der Gründung der Fabrik schloß der Fabrikantenverein der Nadelindustrie sich gegen die drohende Scheitlerkonkurrenz dadurch zu schützen, daß er den Leuten, die dort gearbeitet hatten, die Betriebe der ihm angehörenden Unternehmer zwei Jahre lang sperrete. Die jetzt angekündigte Lohnzulage hatte den Erfolg, daß 13 Arbeiterinnen die Arbeit niederlegten.

Rundschau.

Grimmitzschau.

Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Genosse Legien, halte am Dienstag den 15. Dezember eine dreiviertelstündige Unterredung mit dem Bürgermeister von Grimmitzschau. Trend eine Änderung der Situation in Grimmitzschau ist jedoch infolge der Unterredung weder eingetreten noch zu erwarten. Genosse Legien hat die Unterredung deshalb nachgehakt, um den Bürgermeister wegen der bekannten polizeilichen Maßnahmen, die der Verhängung des Belagerungszustandes gleichkommen, zu interpellieren und, wenn möglich, eine Zurücknahme derselben zu erwirken. Der Bürgermeister erklärte jedoch, die Verhängung der polizeilichen Maßnahmen sei notwendig gewesen und „begründete“ das Vorgehen der Polizei ungefähr ebenso wie Geheimrat Fischer im Reichstag. Ferner erklärte der Bürgermeister, daß der durch die Maßnahmen der Polizei geschaffene Ausnahmezustand bestehen bleibe. Genosse Legien betonte demgegenüber, daß die Gesamtheit der Gewerkschaften sich in den Kampf, den die Grimmitzschauer Textilarbeiter führen, bis dahin nicht eingemischt haben, wo den Ausgeperrten die Abhaltung von Versammlungen verboten und ihr Koalitionsrecht durch polizeiliche Verfügungen illusorisch gemacht wurde. Nachdem die Polizei in dieser Weise zugunsten der Unternehmer in den Kampf eingegriffen habe, sei es eine selbstverständliche Pflicht aller Gewerkschaften gewesen, die Grimmitzschauer Ausgeperrten zu unterstützen und nun werde auch der Kampf weitergeführt werden. Bis Ende Januar sei die Unterstützung der Ausführenden durch Geldmittel bereits gesichert. Der Bürgermeister meinte zwar, der Streik sei ein großes Unglück für Grimmitzschau, und er wünsche, daß der Kampf bald ein Ende nehme. Aber irgend einen Versuch, Einigungsverhandlungen anzubahnen, machte der Bürgermeister nicht. Legien hatte keine Veranlassung, Einigungsversuche zu machen, denn er ist überzeugt, daß in der gegenwärtigen, den Ausgeperrten durchaus günstigen Situation wohl die Fabrikanten, nicht aber die Ausgeperrten ein Interesse an der Einleitung von Einigungsverhandlungen haben. Im Laufe der Unterredung fragte Genosse Legien beim Bürgermeister an, ob der Fernanstellung einer Weihnachtsfeier für die Ausgeperrten Gindernisse in den Weg gelegt werden würden. Der Bürgermeister meinte, das werde wohl nicht der Fall sein, er

kündigte sich aber, ob Ansprachen bei der Feier gehalten und welchen Charakter dieselben tragen würden. Legien bemerkte, daß man auf Ansprachen in keinem Falle verzichten würde, und daß dabei natürlich auch die Aussperrung, die ja die Veranlassung zu der geplanten Weihnachtsfeier gegeben habe, besprochen werden müsse. Das schien dem Bürgermeister zwar bedenklich, jedoch sagte er nicht, daß deswegen die Weihnachtsfeier verboten werden würde. Genosse Legien machte den Bürgermeister auch darauf aufmerksam, daß es doch keine angenehme Situation für Grimmitzschau wäre, wenn die Aussperrten bei einem Verbot ihrer Weihnachtsfeier aus der Stadt über die Grenze wandern, um ihr Weihnachten im „Ausland“ zu begehen. Der Bürgermeister gab zu, daß ihm selbst diese Eventualität unangenehm wäre, und so trennte sich Genosse Legien von ihm in der sicheren Erwartung, daß die Behörde der Weihnachtsfeier der Aussperrten keine Hindernisse bereiten werde.

Allein die sächsischen Behörden glaubten für ihren Teil zu dem christlichen Trostspruch „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ einen ganz eigenen Beitrag spenden zu müssen — die geplante Weihnachtsfeier wurde verboten. Das denkwürdige Aktenstück lautet:

„An Herrn Max Voigt, Grimmitzschau, Glauchauer Chaussee. Zwicau und Grimmitzschau, den 17. Dezember 1903.

Auf Ihre an den mitunterzeichneten Stadtrat gerichtete Eingabe vom 16. d. Mts. wird Ihnen, zugleich zur Beileidung Ihrer Mitleidenschaft, hierdurch eröffnet, daß die unterzeichneten Behörden keine Veranlassung gefunden haben, Genehmigung zu den beabsichtigten Weihnachtsbescherungen in den in der Eingabe genannten Sälen zu erteilen.

Maßgebend für diese Entscheidung sind die Umstände gewesen, daß trotz der Bekanntmachung der unterzeichneten Behörden vom 4. d. Mts., welche nicht nur von der königlichen Kreishauptmannschaft hier, sondern auch vom königlichen Ministerium des Innern und dem Landtag gutgeheißen worden ist, und insbesondere in den letzten Tagen das terroristische Verhalten der ausländischen Textilarbeiter gegen Arbeitswillige in verstärktem Maße wahrzunehmen gewesen ist, sowie daß weiter in den neuerdings auf altenburgischem Gebiet abgehaltenen öffentlichen Textilarbeiterversammlungen die Anordnungen der unterzeichneten Behörden unter völliger Entstellung der Tatsachen, worauf dieselben beruhen, verächtlich gemacht, und daß endlich in den letzten Tagen in Flugblättern durch Behauptung von jetzt bereits durchgängig als unmaß erwiebenen Tatsachen in gehässiger Weise die ausländischen Verhörer und die Sicherheitsorgane unter Missachtung jeder behördlichen Autorität angegriffen und verunglimpft worden sind. Bei dieser Sachlage steht aber zu erwarten, daß die geplanten Weihnachtsbescherungen zu ähnlichen Verdrehungen und Verhöhnungen gemißbraucht werden. Es ist daher ausgeschlossen, für dieselben eine Ausnahme von dem in der genannten Bekanntmachung erlassenen allgemeinen Versammlungsverbot zu machen.

Die königliche Amtshauptmannschaft zu Zwicau. J. A. D. Seyfarth.

Der Stadtrat zu Grimmitzschau: Beckmann.

Also auch das noch! Wir gestehen: bei allem, was wir den sächsischen Behörden auch sonst zutrauen — daß sie auch diese Feier verbieten würden, das haben wir nicht erwartet. O, diese Armen im Geiste, die da glauben, durch ihre papiernen Verfügungen den Lauf der Welt aufhalten zu können. Sie ahnen nicht, welchen Dienst sie damit den armen Aussperrten geleistet haben. Denn nun wird sich, so weit es noch nicht der Fall ist, die Arbeiterschaft wie ein Mann erheben, den bedrängten Brüdern beizustehen. — Der Industriellen-Verband hat nun auch Stellung zu dem „Fall Grimmitzschau“ genommen und beschlossen, einen Aufruf zur Unterstützung der Grimmitzschauer Fabrikanten zu erlassen. Dieser Aufruf ist er- und er ist ein echter Wuch. Mit dreier Unverschämtheit wird darin behauptet, daß es sich in dem Kampfe darum handelt, ob der industrielle Unternehmer die freie Selbstbestimmung von Betrieb behalten soll oder ob er sich dem Willen sozialistischer Gewerkschaften beugen muß“. Die Zeit der Wunder ist leider vorbei, denn sonst müßte die Hand verdorren, die diese offenkundige Lüge niedergeschrieben hat.

Gewerbegerichtswahlen.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Karlstrühe, die erstmals nach dem Proportionalwahlssystem stattfanden, wurden auf die Liste des Gewerkschaftsverbandes 2666 Stimmen abgegeben. Die Christlichen und Hirsch-Dunderschen und evangelischen Arbeitervereine hatten eine gemeinsame Liste aufgestellt und brachten es auf 405 Stimmen. Von den 12 gewählten Besitzern entfallen 10 auf die vom Gewerkschaftsverband vorgeschlagenen Kandidaten und 2 auf die von den „nicht dem Kartell angehörigen“ Arbeiterorganisationen. Für die Wahl der Arbeitgebervertreter hatte das Gewerkschaftskartell ebenfalls eine Liste aufgestellt. Zwei der vorgeschlagenen Kandidaten wurden gewählt, während 10 auf die Vorschläge der Innungen und des Gewerbevereins entfallen.

In Oberhausen bei Augsburg errangen die freien Gewerkschaften einen glänzenden Sieg. Dort errichtete die Gemeindeverwaltung freiwillig ein Gewerbegericht und führte die Proportionalwahl ein. Unsere Genossen erhielten 323 Stimmen, 93 über die absolute Majorität, die Christlichen 175 und die Hirsch-Dunderschen 65 Stimmen. Letztere bekommen also nur einen Ersatzmann, die Christlichen 2 Besitztümer und unsere Genossen 3 Besitztümer, außerdem brachten sie noch einen Arbeitgeber durch. In Verleumdung unserer Genossen wurde das Menschenmögliche geleistet.

In Trier hat wieder eine Gewerbegerichtswahl stattgefunden, bei der die „Christlichen“ 736, die freien Gewerkschaften 610 Stimmen erhielten. Gaben die letzteren diesmal auch nicht gestiftet, so bedeutet das Resultat für sie doch einen schönen Erfolg. Im Landkreis ist die Stimmzahl der „Christlichen“ 314, der freien Gewerkschaften 178. Es bleiben in Stadtkreise Trier demnach 422 Christliche und 432 freigezwergschaftliche Stimmen. Das Zentrum hat also im Stadtkreise die Minderheit, und nur mit Hilfe des Landes haben die sogenannten Christlichen noch einmal gestiftet. Die Wahlbeteiligung war ungemein zahlreich. Am 1. und 2. Oktober waren Gewerbegerichtswahl hatten sich nur 422 Wähler beteiligt. Damals siegten die freien Gewerkschaften mit 220 gegen 204 Christliche Stimmen. Eine solche Wahl wie diesmal hat man in Trier noch nie gesehen. Das Zentrum hat alles auf die Waage gebracht, um den Sieg der freien Gewerkschaften zu verhindern; auch Kranke und Diototen sind zur Urne geschleppt worden. Eine Arbeitsfreudigkeit und Begeisterung sondergleichen herrschte bei den freien Gewerkschaften. Bei der nächsten Wahl wird das Zentrum nicht mehr regieren.

In Speyer siegte die Liste der freien Gewerkschaften mit 681 gegen 71 „Christliche“ der katholischen und lutherischen Arbeitervereine. In M.-Glabach siegten natürlich die „Christlichen“. Sie erhielten von 2101 abgegebenen Stimmen 1685, die Kandidaten der freien Gewerkschaften 416. Gegen die vorige Wahl erhielten beide Parteien je 30 Stimmen weniger.

In Ürdingen erhielten die „Christlichen“ 263, die freien Gewerkschaften und die Hirsch-Dunderschen zusammen 138 Stimmen.

Nachwehen vom Stuttgarter Schlosserstreik.

Am 29. Juni, während des hiesigen Schlosserstreiks, waren die drei ausländischen Schlosser Karl Markert, Albert Bauche und Konrad Link als Streikposten in der Nähe des nahezu fertiggestellten Neubaus der Villa Münz aufgestellt gewesen. Nach ihrer Ablösung betraten sie miteinander diese Baustelle, um mit einigen dort arbeitenden Schlossern zu verhandeln. Einer der letzteren behauptete bei seiner Vernehmung als Zeuge, daß er die Eingetretenen ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht habe, daß der Zutritt verboten sei, was jedoch von den heutigen Angeklagten bestritten wurde. Im Laufe des sich entwickelnden Gesprächs sollen von den drei Ausländern auch verschiedene beleidigende Äußerungen wie „Streikbrecher“, „Stummköpfe“, „Schulte“ u. gegen die dort arbeitenden

Schlosser gebraucht worden sein. Einer derselben, der Schlosser Schmieder, forderte hierauf jene drei direkt auf, den Bauplatz zu verlassen und ebenso wurde diese Aufforderung von dem hiesigen kommenden Bauführer Kühler wiederholt. Wie der letztere behauptet, sei diesen beiderseitigen Aufforderungen keine Folge geleistet worden, so daß er sich veranlaßt gesehen habe, einen in der Nähe postierten Schutzmann herbeizurufen. Erst jetzt hätten sich Markert und Bauche entfernt, während Link schon etwas früher hinausgegangen sei. Auf Grund dieses Vorgangs war gegen alle drei Anklage wegen Hausfriedensbruch und Verleumdung erhoben worden. Das Schöffengericht erkannte gegen Markert auf 3 Wochen, gegen Bauche auf 1 Monat und gegen Link auf 1 Woche Gefängnis wegen der genannten Vergehen. Gegen dieses Urteil legten die beiden ersteren Berufung ein, über die am 14. Dezember vor der Stuttgarter Strafkammer verhandelt wurde. Die beiden Angeklagten stellten Entschieden in Abrede, jene beleidigenden Äußerungen gebraucht zu haben. Sie seien damals nur hineingegangen, um sich einen dort angewendeten neuen Metallstift näher anzusehen. Ebenso behaupteten sie bestimmt, daß sie den Bauplatz bereits verlassen gehabt hätten, als der Bauführer hinzutrat. Die Strafkammer entschied jedoch, daß nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme keinerlei Anlaß verlange, das Urteil erster Instanz irgendwie abzuändern. Die Berufung der beiden Angeklagten sei somit als unbegründet zu verwerfen.

Zur Statistik der Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden

Schreibt das Korrespondenzblatt: Gelegentlich der Besprechung der Statistik der Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden für das dritte Quartal (Nr. 47) wiesen wir das Kaiserlich Statistische Amt darauf hin, daß die Arbeitslosigkeitsausgaben der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nicht bloß reine Arbeitslosenunterstützung, sondern auch Streikunterstützungen umfassen, da die Gewerkschaften die Gewerkschaft haben, keine Streikunterstützungen zu verrechnen, sondern sie als Ausgaben für Arbeitslose zu führen. Wir verlangten im Interesse einer zuverlässigen Bewertung der Statistik, daß diese nach einheitlichen Grundrissen aufgenommen werden.

Das Kaiserlich Statistische Amt ist unserem Wunsche nachgekommen und hat ein Rundschreiben an die beteiligten Organisationen verfaßt, in dem darauf hingewiesen wird, daß Fälle von Streiks und Streikunterstützung bei dieser Statistik nicht zu berücksichtigen sind, sondern lediglich Fälle von Arbeitslosigkeit aus Mangel an Arbeit sowie an Unterhaltungen, welche in diesen Fällen gegahrt sind.

Für unsere an der Statistik beteiligten Gewerkschaften war diese Trennung ganz selbstverständlich, und hätte es dieses Hinweises des Kaiserlich Statistischen Amtes nicht erst bedurft. Wir beschränken uns daher auf die einfache Darstellung dieses Sachverhaltes. Wie notwendig ein solcher Hinweis aber für die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften war, bezeugt deren Zentralorgan, der Gewerkschaftsverein, indem er von folgendem Rundschreiben des Kaiserlich Statistischen Amtes Kenntnis gibt:

„Die Zahlen der letzten Nachweisung (30. September 1903) lassen die Vermutung bestehen, daß vielfach zwischen Arbeitslosenunterstützung und Streikunterstützung nicht unterschieden worden ist. Es dürfen aber nur die Unterhaltungen und nur die Fälle von Arbeitslosigkeit angegeben werden, welche aus Mangel an Arbeit herrühren, nicht aus Streik. Ich bitte die Vereine auf eine strenge Durchführung dieser Unterscheidung hinzuwirken, da sonst der Wert der ganzen Statistik heruntergesetzt wird. Sodann bitte ich die Vereine daran erinnern zu wollen, daß erlassene Beitragszahlungen gesondert anzugeben sind und nicht in die Gesamtsomme der Arbeitslosenunterstützung mit einberechnet werden dürfen, da anderenfalls die Zahlen mit allen übrigen Angaben unvergleichbar werden.“

Dazu bemerkt der Gewerkschaftsverein: „Der Anwalt ist bei dem sächsischen Eiser unserer Organisation, ihrerseits zu einer möglichst zuverlässigen periodischen Statistik der Arbeitslosigkeit beigetragen, der Überzeugung, daß alle Mitwirkenden die vorstehende Mahnung des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Zukunft voll berücksichtigen werden!“ Wir sind mit diesem Ergebnis zufrieden.

Es ist erreicht!

Mit dieser Überschrift meine ich nun nicht, daß irgend ein tieferer Barfänger eine neue Schnurbarbtbinde à la Gaby erfunden hat, sondern daß der heisersehnte und unignt erlebte Wunsch der Hirsch-Hauptlinge, die tätigen Kollegen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in möglichst ansehnlicher Zahl in den Gefängniszellen interniert zu sehen, nun zum Teil in Erfüllung geht. Kollege Cohen hat eine Woche Gefängnis wegen angeblicher Bedrohung der Mehlischen Streikbrecher erhalten, und am 8. Dezember fand die Verhandlung der Verleumdungsklage Gleichauf und Klavon wider Pawlowitsch in der Berufungsinstanz statt. Pawlowitsch wurde zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Damit ist dem Wunsche der Hirsche, deren Anwalt in erster Instanz ausdrücklich Gefängnis beantragte, Rechnung getragen. Die verletzte Ehre ist nun gerichtlich repariert! Die, die auf Anraten Gleichaufs und durch Vermittlung Klavons bei Mehlisch in Arbeit traten, während dort über 400 Arbeiter streikten, können sich nun mit ihrem Herrn und Meister in diese acrichtliche Ehrenerklärung teilen. Vielleicht blüht den Hirschen noch das Glück, daß Kollege Wieseenthal als dritter eine Gefängnisstrafe aufgedrängt bekommt.

Die Hirsche haben es jetzt gerichtlich bestätigt bekommen: Sie können Streikende zum Streikbruch kommandieren, durch ihren Arbeitsnachweis Arbeitswillige nach den befreiten Betrieben vermitteln (die Arbeitgeber-Zeitung quittiert auch dankend dafür), und sie sind deswegen immer noch faire Kerls in den Augen des — Gerichts und ihrer Nachläufer. Und das macht noch öfters in Entzückung! Sie haben's erreicht!

Das preussische Oberverwaltungsgericht Berlin und das Versammlungsrecht der Arbeiter.

Zur Zeit des Streiks bei der Firma Mehlisch in der Sophienstraße zu Berlin hielt der Metallarbeiterverband öfters während des vormittags oder nachmittags Versammlungen im Lependedeckerischen Lokal in der Sophienstraße ab. Mitte Juni wurden nun einige, ebenfalls wieder vom Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nach jenem Lokal auf 11 Uhr vormittags und 5 1/2 Uhr nachmittags einberufene Versammlungen des Verbandes verboten. Der Polizeipräsident berief sich auf § 10 II. 17 des Allgemeinen Landesrechtes, wonach die Polizei berufen ist, einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorzubeugen. — Auf die Beschwerde des Verbandes Bevollmächtigten Wolf Cohen billigte der Oberpräsident das Verbot, indem er geltend machte: Allerdings könnte sich die Polizei nicht auf § 10 II. 17 des Allgemeinen Landesrechtes stützen, wenn es sich darum handelte, solchen Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung vorzubeugen, welche aus den Erörterungen und Beratungen einer Versammlung entstehen könnten. Wohl aber sei die Polizei auf Grund der landrechtlichen Bestimmungen berechtigt und verpflichtet, gegen eine Versammlung einzuschreiten, wenn durch sie, abgesehen von einem Mißbrauch des Versammlungsrechtes, andere, dem Schutze der Polizei anvertraute Interessen gefährdet würden. Vorliegend sei aber bei der Wahl der Tagesstunden, wo die Versammlungen stattfinden sollten, zu befürchten gewesen, daß die an den Versammlungen beteiligten ausländischen Arbeiter der Mehlischen Fabrik mit den nicht ausländischen Arbeitern dieses Betriebs in der Sophienstraße, wo sowohl die Fabrik als auch das Versammlungslokal liege, zusammenzutreffen und bei der herrschenden Erbitterung mit ihnen in Streit geraten und den Verkehr auf den Straßen hindern würden. Diese Befürchtung sei durch das zahlreiche strafbare Handlungen insbesondere Übertretungen der Straßenpolizeiordnung zur Angelegenheit gelangt seien.

Cohen erhob Klage und sein Vertreter, Rechtsanwält Dr. Roth, machte in der Verhandlung am 18. Dezember vor dem ersten Senat des Oberverwaltungsgerichtes geltend, daß es sich hier doch um einen Eingriff in das Versammlungsrecht und um Verstoße gegen Verfassung und Vereinsgesetz handle. Das Vereins-

gesetz als Ausführungsgesetz der entsprechenden Verfassungsbestimmungen sei ein Spezialgesetz, neben dem durch dieses Gesetz gegebenen polizeilichen Befugnissen steht der Polizei kein Recht zu, Versammlungen zwecks präventiver Maßnahmen zu verhindern. Das Verbot sei schon deshalb unzulässig: Aber selbst wenn das Gericht anderer Meinung sein würde, könnten die Verbote nicht aufrecht erhalten werden, denn keinesfalls sei eine Störung der öffentlichen Ordnung zu befürchten gewesen. Der Anwalt ging dann auf die unsern Lesern fast am bekannnten Polizeipraktiken den Streikposten gegenüber näher ein und betonte, daß die dem Gericht vorliegenden Polizeitaten gar nichts beweisen, wenn sie auch aus diesem Streik bei Mehlisch 158 Strafanzeigen, meist gegen Streikposten, ausführten. In der großen Mehrzahl der Fälle seien Freisprechungen erfolgt, und erst neulich habe das Schöffengericht in einer Sitzung 27 Mehlische Streikposten freigesprochen. Jene Beweisaufnahmen von Streikposten seien fast immer ohne wirkliche Gefahr auf generelle Anweisungen erfolgt. Das Oberverwaltungsgericht setzte die Versammlungsverbote außer Kraft. Die Befugnisse aus § 10 II. 17 des Landesrechtes würden begrenzt durch das Vereinsgesetz. Und danach sei die Polizei nicht befugt, Versammlungen in geschlossenen Räumen wegen der Befürchtung zu verbieten, daß die Teilnehmer würden Ausschreitungen begehen. Der Polizeipräsident habe hier in das Versammlungsrecht eingegriffen.

Vom Ausland.

Osterreich.

Es scheint, daß der Konflikt mit den Eisern nun bald aus der Welt geschafft wird. Nach wiederholten Besprechungen mit den Vertretern der ausgeschlossenen Organisation der Eisier und des Metallarbeiter-Verbandes kam durch die Annahme eines gemeinsamen Beschlusses, dem die Gewerkschaftskommissionsmitglieder, die Vertreter der Organisation der Eisier und des Metallarbeiter-Verbandes vorbehaltslos und einmütig zustimmten, eine Verständigung zustande, die jedoch noch von der Generalversammlung des Reichsvereins der Eisierarbeiter endgültig ratifiziert werden muß. Dieser Einigungsbeschluß hat folgenden Wortlaut: 1. a) Die Reichsorganisation der Eisierarbeiter wird unter der Voraussetzung anerkannt, daß die Eisier die Beschlüsse des vierten österreichischen Gewerkschaftstages und der bisher abgehaltenen Verbandstage der Metallarbeiter über die Bildung von Unionen für sich als bindend erklären. Die Reichsorganisation der Eisierarbeiter darf nur die in Eisierbetrieben beschäftigten Arbeiter als Mitglieder aufnehmen. Die Reichsorganisation der Eisierarbeiter verpflichtet sich, auf die Unionisierung sämtlicher Organisationen in der Metallindustrie hinzuwirken. b) Die Zeit der Verschmelzung der Reichsorganisation der Eisierarbeiter mit der Union der Eisier- und Metallarbeiter zu bestimmen, bleibt der Gewerkschaftskommission vorbehalten. 2. Die beiden Fachblätter Eisierarbeiter und Vestnik sind aufzulassen und an deren Stelle die beiden Unionenblätter Österreichischer Metallarbeiter und Kovodelnik obligatorisch nach vorhergehender Vereinbarung für die Mitglieder der Reichsorganisation der Eisierarbeiter einzuführen. 3. Die Gewerkschaftskommission verpflichtet sich, für die Zeit des Bestandes der Reichsorganisation der Eisierarbeiter den Abschluß der erforderlichen Gegenständigkeitsverhältnisse mit den ausländischen Bruderorganisationen mit Zustimmung der Metallarbeiter zu fördern. 4. Die endgültige Aufnahme der Reichsorganisation der Eisierarbeiter in die Gewerkschaftskommission erfolgt, sobald die drei Einigungsvorschläge der Gewerkschaftskommission Österreichs durch die nächste Generalversammlung der Eisierarbeiter zum Beschluß erhoben worden sind. — Es wird nun Sache des Vorstandes und der Vertrauensmänner der Organisation der Eisierarbeiter sein, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, damit dieser Einigungsbeschluß auch von der Generalversammlung der Eisier akzeptiert werde.

Die Wiener Bauhofsgehilfen stehen vor einer Bewegung behufs Durchsetzung des neunstündigen Arbeitstages. Außerdem streben sie einen Minimallohn, die Regelung der in diesem Gewerbe sehr im argen liegenden Lehrlingsverhältnisse und den Abschluß eines Tarifvertrages an. Der Innungsverband scheint es auf einen Kampf entgegen lassen zu wollen und ist es sehr wahrscheinlich, daß es zu einem heftigen Streik kommt. Die Gehilfen rüsten mittlerweile zum Kampfe. — Die Wiener Silberarbeiter haben eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Arbeitsentlohn durchgesetzt. In der Branche, die 31 Betriebe mit 673 beschäftigten Personen umfaßt, wird jetzt neun Stunden täglich gearbeitet. — In Gfag ist ein Streik der Metallarbeiter ausgebrochen.

Schweden.

Die Arbeitgeber der schwedischen Eisen- und Metallindustrie, die schwedischen Rühnmänner, die noch in diesem Sommer eine Massenaußsperrung veranfaßten, wie man sie in Schweden bisher nicht erlebt hatte, sind jetzt daran, einen auf Gleichberechtigung beruhenden Vertrag mit der organisierten Arbeiterschaft zu schließen, der Streitigkeiten vorbeugen und in allen in Betracht kommenden Betrieben eine zweckmäßige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeiführen soll, um den Frieden in der Industrie möglichst dauernd zu sichern. Das nach der Massenaußsperrung mit der Ausarbeitung von Vorschlägen hierzu betraute besondere Komitee hat seine Arbeiten beendet und die Vorschläge sind von dem größeren, dem Zehn-Männer-Komitee einstimmig gutgeheißen worden. Sie werden nun der Unternehmerorganisation, der „Vertragsvereinigung“, sowie den in Betracht kommenden Gewerkschaften zur Abstimmung vorgelegt.

Die Vorschläge betreffen einerseits bestimmte Regeln über die Behandlung von Forderungen und von Arbeitsfreitigkeiten, die in 15 Paragraphen gefaßt sind. In den einzelnen Bestimmungen sollen Vertrauensleute gewählt werden, die die organisierten Arbeiter dem Arbeitgeber gegenüber vertreten und wenn Streitigkeiten aufstehen, sie mit ihm zu regeln suchen. Gelingt dies nicht innerhalb von 20 Tagen, so können die streitenden Parteien von den Hauptvorständen ihrer Organisationen je einen Vergleichsmann ernennen lassen; gelingt es diesen Vergleichsmännern nicht, den Streit beizulegen, so werden Verhandlungen zwischen je drei Delegierten der Hauptvorstände geführt; bleibt auch das erfolglos und handelt es sich um Auslegung eines Vertrags, so wird die Sache Schiedsmännern überwiesen, welche von den betreffenden Hauptvorständen ernannt werden. Bevor nicht alle diese Einigungsmitel erschöpft sind, darf kein Streik und keine Aussperrung stattfinden. Ferner wird ein permanentes Komitee mit einem unparteiischen Vorsitzenden gebildet, das aus je 5 Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen bestehen soll und teils als Legatationsinstanz dienen, teils Vorschläge zur Beilegung von Konflikten machen soll. — Der Vertrag soll zunächst bis Ende 1905, und dann, wenn er von keiner Seite gefündigt wird, immer ein Jahr weiter gelten. — Der zweite Teil der Vorschläge bezieht sich auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, was von 29 Paragraphen handeln. In den mechanischen Werkstätten und Eisierbetrieben, die „Schwedens Werkstättenvereinigung“ angehören, sollen für alle Arbeiter — sowohl gelernte wie Handlanger und Grobarbeiter — die das 20. Lebensjahr erreicht haben, bestimmte Minimallöhne festgesetzt werden, worüber die Werkstättenvereinigung und die betreffenden Gewerkschaften Übereinkommen zu treffen haben. Auch über Akkordarbeit sind genaue Bestimmungen vorzugehen. Soweit möglich sollen Akkordtarife angefertigt werden; im übrigen soll aber stets vor Beginn einer Arbeit der Preis festgesetzt werden. Wird in solchen Fällen keine Einigung erzielt, so soll die Arbeit in Stundenlohn ausgeführt werden. Bei aller Akkordarbeit wird der Stundenlohn garantiert. Die ordentliche Arbeitszeit darf nicht höher angelegt werden als 10 Stunden. Für Akkordarbeit wird, auch bei Akkordarbeitern, Prognatszuschlag bezahlt. Der erste Mai soll, wo es verlangt wird, feiert werden. Über Arbeiten außerhalb der Werkstätten sind ebenfalls besondere Bestimmungen getroffen worden. Die Verhandlungen über Regelung des Lehrlingswesens sind noch nicht abgeschlossen und sollen

